

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 1. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Preis pro Nummer 1 Pf. monatlich 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 2.70 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit beifolgender Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Belastungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinstellung am Montag.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigegebende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Preiskate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zur Frage der Maifeier.

(Schluß.)

Die, wenn der Ausdruck gestattet ist, prinzipielle Gegner-schaft einzelner — keineswegs aller — Gewerkschaftler gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai entspringt, wie uns bereits die Gewerkschaftsstimmen unseres ersten Artikels zeigten, vornehmlich zwei Momenten.

Man sagt — und zwar mit Recht — daß eine allgemeine Beteiligung der Arbeiterschaft an der Arbeitsruhe einzuweisen nicht zu erwarten sei. Die partielle Arbeitsruhe aber schließe gerade einen Teil der Arbeiter von der Maifeier aus, schwäche und zersplittere also die möglichst einheitlich zu gestaltende Demonstration.

Dies Argument scheint uns wenig stichhaltig. Jede Betätigung und Demonstration der Arbeiterklasse ist anfänglich nur eine partielle. Der Wert einer solchen Teilkaktion liegt gerade in ihrem agitatorischen, anspornenden, vorwärtstreibenden Charakter. Manche Gewerkschaftsmitglieder bestreiten zwar diesen agitatorischen Charakter gerade der Arbeitsruhe am 1. Mai, allein dieser Ansicht steht die gegenteilige Auffassung zahlreicher Genossen auch aus Gewerkschaftskreisen gegenüber. Die persönliche Erfahrung und die individuelle Auffassung ist hier entscheidend. Völlig unrichtig dünkt uns jedoch die Ansicht, daß diejenigen Arbeiter, die sich an der Arbeitsruhe nicht beteiligen könnten, nun auch von der Maifeier völlig ausgeschlossen seien. Steht ihnen doch nicht nur die Teilnahme an der Abendfeier offen, sondern es galt bisher sogar für die strikte Pflicht der Parteigenossen, sich wenigstens an diesem Teil der Maifeier zu beteiligen! Auch steht nichts dem Bestreben im Wege, auch die Abendfeier des 1. Mai so würdig und agitatorisch zu gestalten, wie das nur immer bei einer solchen auf Massenbesuch berechneten Festfeier möglich ist. Die hier und da erhobene Klage über den „Jahrmärktstrudel“ ist jedenfalls eine Frage für sich, die wahrscheinlich auch dann keineswegs verschwände, wenn die Vormittagsfeier wegfiele!

Wiel gewichtiger ist das zweite Argument, dem Silber-schmidt in Jena prägnant Ausdruck verlieh: Die Arbeitsruhe am 1. Mai nötige den Gewerkschaften oftmals Kämpfe auf, die zur Unzeit ausbrächen. Zur Unzeit, weil die Arbeiter sich den Zeitpunkt des Losschlages nicht selbst wählen könnten und sich daher den gerüsteten und vorbereiteten Unternehmern gegenüber im Nachteil befänden. Durch solch unzeitige Kämpfe könnten ganze wohlgeplante Gewerkschaftskämpfe vereitelt werden.

Aber auch dagegen läßt sich mancherlei sagen. Zunächst sind die Unternehmer nicht nur für den 1. Mai vorbereitet, sondern sie kennen auch bei Tarifabschlüssen im Voraus den Zeitpunkt zu gewärtigender Kämpfe. Spontan und unerwartet pflegen heute in gut organisierten Gewerkschaften nur noch höchst selten Lohnkämpfe auszubrechen. Wenn die bloße Kenntnis des Zeitpunktes Gewerkschaftskämpfe unburchführbar machen soll, so stände es sehr traurig um die Gewerkschaften. Zum Glück aber hängt der Ausgang eines Gewerkschaftskampfes doch ganz wesentlich von anderen Faktoren ab: von der Stärke der beiderseitigen Organisationen, dem Stande der Massen, der Konjunktur usw. Es ist deshalb in der Praxis auch keineswegs zutreffend, daß die Unternehmer auf jeden Fall die Arbeitsruhe am 1. Mai zum Signal eines Lohnkampfes machten. Wenn es nur auf einen Vorwand zum Kampfe ankommt, sind überhaupt verzweifelt schlechte Friedensgarantien gegeben. Leider ist das über die Raiausperrungen vorliegende Material zurzeit noch ein so dürftiges, daß es weder gegen, noch für die Arbeitsruhe am 1. Mai ausgespielt zu werden vermag. Der Genosse Zimm glaubte auf dem Kölner Gewerkschaftskongresse aus der Statistik der Generalkommission entnehmen zu dürfen, daß im Jahre 1902 die Zahl der wegen der Maifeier Ausgesperrten nur 1027 betragen habe. Richard Fischer sprach in Jena von 3710 Ausgesperrten im Jahre 1903. Diese Zahlen mögen viel zu niedrig gegriffen sein: allein schwere und langwierige Gewerkschaftskämpfe aus Anlaß der Maifeier sind bisher, abgesehen von der Berliner Metallarbeiterausperrung anläßlich der ersten Maifeier 1890, überhaupt noch nicht geführt worden. Die Aussperrung der Berliner Metallarbeiter im vorigen Jahre bildet die einzige Ausnahme, eine Ausnahme, bei der zudem eine Reihe besonderer Umstände mitwirkten. Das Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes für 1905 berichtet über die Aussperrung von 2931 Arbeitern in vierzig Betrieben. Das sind immerhin erhebliche Opfer für diejenigen, die der Maifeier jeden propagandistischen Wert bestreiten. Genosse Silberschmidt aber steht ja auf dem Standpunkt, daß die materielle Frage bei der Maifeier erst in zweiter und letzter Linie in Frage komme.

Diese übertriebenen Befürchtungen schrumpfen zudem noch weiter zusammen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Parteitagebeschlüsse die Arbeitsruhe ja nicht für alle Fälle forderten, sondern nur da, wo ihre Durchführung ohne Gefährdung der Arbeiterinteressen möglich ist. Liegt in einer Branche die Situation so ungünstig, daß schwere Kämpfe, wirkliche Schädigungen der Organisation von der Arbeitsruhe zu befürchten sind, so ist es selbstverständlich daß gute Recht der Gewerkschaften, von der Arbeitsruhe in

dem betreffenden Jahre Abstand zu nehmen. Kein Parteigenosse, kein noch so eifriger Befürworter der Arbeitsruhe am 1. Mai wird daraus den Gewerkschaften den geringsten Vorwurf machen, sofern nur eine ehrliche prinzipielle Einhelligkeit über die Wünschbarkeit einer möglichst allgemeinen Arbeitsruhe geschaffen wäre.

Diese prinzipielle Einmütigkeit der Auffassung über die Arbeitsruhe ist die „feste Norm“, die verschiedene Parteiblätter so lebhaft wünschten. Die Verwirklichung dieser Norm kann nicht geschaffen werden durch vorläufige Kompromißabkommen, sondern nur durch ehrliche, vorbehaltlose, rechtzeitige Verständigung zwischen den Gliedern der einzigen, unteilbaren Arbeiterpartei herbeigeführt werden, die dasselbe Ziel verwirklichen will.

Noch gehen die Meinungen ja weit auseinander. Aber wenn man — wie das auf allen Seiten der Fall ist — wünscht, daß es endlich auf dem Stuttgarter Kongreß zu einer definitiven Schlichtung der Meinungsdivergenzen, zu einer endgültigen Festlegung der Form der Maifeier kommen soll, so hilft nur eine rüchhaltlose Aussprache nicht nur auf, sondern auch vor dem Internationalen Kongreß. Namentlich ist es auch Sache der Masse der Genossen, die Streitfrage zu präzisieren und entschiedene Stellung dazu zu nehmen. Man hat so viel darüber diskutiert, ob der Gedanke der Arbeitsruhe faktisch in den Massen wurzle, einem idealen Bedürfnis, einem inneren Drange entsprechende Mägen die Massen selbst das Wort nehmen. Sie haben ja in Deutschland durch von Jahr zu Jahr trotz aller Hindernisse stärker gewordene Feiern durch die Tat schon gesprochen.

Wir unsererseits haben bereits vor dem 1. Mai unseren Standpunkt dargelegt. Wir sind ganz der Auffassung, die Genosse Fischer als Referent in Jena mit den Worten vertrat:

Was aber A. Schmidt vor sich hat, ist geradezu ein Abspringen von der bisher erreichten Kampfbahn, ein Zurückgehen weit hinter den Ausgangspunkt. (Sehr richtig!) — Und ich fürchte, diese freiwillige Aufgabe einer gewonnenen Position, zu der gar kein äußerer Anlaß vorliegt (sehr richtig!), da die Maifeier immer demonstrativer wird, da die Arbeitsruhe an Umfang zugenommen hat, da der Widerstand der Gegner gegen die Arbeitsruhe geringer geworden ist von Jahr zu Jahr — selbstverständlich immer je nach der wirtschaftlichen Konjunktur, ob wir uns in aufsteigender oder absteigender Geschäftskonjunktur befinden — angeht alle dieser Umstände bedeutet ein Zurückweichen heute geradezu eine Aufforderung an die Gegner, die da glauben müssen, daß die Energie und Kampflust des Proletariats gesunken ist, ihre gesamten Kräfte zusammenzuschließen, um der Arbeiterklasse eine Niederlage zu bereiten. Die Unternehmer müssen sich sagen: stellen wir uns zusammen gegen die Arbeiterklasse, sie begnügt sich bereits damit, nur das Erreichte zu bewahren, ihre Angriffsfront, ihre Angriffsmacht ist gesunken — ergo: wenn wir Unternehmer gemeinsam eine Attacke gegen die Arbeiter unternehmen, werden wir auf der ganzen Linie erfolgreich sein. Die Folge einer solchen Stellungnahme wäre also geradezu eine Aufforderung an unsere Gegner, die Arbeiterbewegung zurück-zudämmen. (Lebhafte Zustimmung.) Und es ist nicht bloß ein Gebot der politischen Ehre, es ist auch ein Gebot politischer Klugheit, die die eigene Kraft genau kennt und sie abwägt gegen die Kraft der Gegner, die auch genau weiß, was die Gegner wollen, nicht bloß bei den bisherigen Parteitagebeschlüssen über die Maifeier stehen zu bleiben, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der eigenen Kraft die Parole auszugeben, vorwärts zu gehen, bis wir die Masse erobert und die Gegner bezwungen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich meine, auch die Gewerkschaften müssen sich in dieser Frage vollständig der Partei anschließen. (Sehr richtig!) Schließlich ist doch die Maifeier auch ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften ablegen (lebhafte Zustimmung), womit sie ihre Solidarität mit dem internationalen Sozialismus bekunden (sehr richtig!), daß sie mit uns, so verschieden auch die Aufgaben und der Weg sein mögen, als letztes Ziel nur das eine kennen: die Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft, den Zusammenbruch des Lohnsystems, die Uebernahme der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft. (Bravol!)

Sollte, wie wir hoffen, der Stuttgarter Internationale Kongreß die Beschlüsse der internationalen Kongresse und der deutschen Parteitage bestätigen, so erwarten wir, daß dann der Streit endgültig verschwinden wird. Goffentlich erhalten wir dann die „feste Norm“, daß alle Gewerkschaften, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, es sich zu einer ehrenvollen Aufgabe machen, die Arbeitsruhe am 1. Mai noch ganz anders einzubürgern, als es schon bisher der Fall war. Sollten die Umstände dieser oder jener Organisation Vorsicht gebieten, so brauchen sie derentwegen keine Kritik der politischen Organisation zu befürchten, umso weniger, als ja die hoffentlich stetig intimer werdende Fühlung zwischen Parteileitung und Gewerkschaftsleitung Weibern und Reibungen ausschließen dürfte. Daß ein einheitliches Vorgehen auch in Deutschland möglich ist, hat ja gerade die diesjährige Maifeier in Deutschland gezeigt. Ist auch die vor dem 1. Mai erschienene Erklärung des Parteivorstandes von einigen Seiten als „Bremserlaß“ bezeichnet, so hat die rege Teilnahme an der diesjährigen Maifeier durch die Tat der Feiern gezeigt, daß die Parteigenossen in ihrer überwiegenden Mehrzahl sie nur als eine Mahnung daran aufgefaßt haben, daß die Durch-

führung der Maifeier nur für die Fälle gefordert ist, wo sie ohne Gefährdung der Arbeiterinteressen möglich ist.

Die Maifeier hat sich insbesondere in Rußland und in Oesterreich als ein mächtiger Hebel in Kampfe um die politischen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter erwiesen. Es kann für den Stuttgarter Kongreß sich nicht darum handeln, die internationale Waffe der Maifeier zu beseitigen oder abzustumpfen, sondern sie zu einer für alle Länder möglichst wirksamen zu gestalten.

Junkerichwärmerei für das Dreiklassenwahlrecht.

In der „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht ein Major a. D., v. Kalkstein, einen gottvoll stilisierten, aber von der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ und der Kreuzzeitungsdritterschaft offenbar sehr ernst genommenen Artikel für die unveränderte Konserverierung des preussischen Landtagswahlrechts.

Der Kreuzzeitungsdritterschaft meint, es sei eine Mißdeutung der wirklichen Ansichten des Fürsten Bismarck, wenn man immer sein Wort von dem „elendesten aller Wahlsysteme“ wiederhole. Habe doch Bismarck weder an der Öffentlichkeit noch an der indirekten Form des Wahlrechts etwas anzufügen gehabt. Mißfallen habe ihm lediglich sein plutokratischer Charakter, der dem mobilen Kapital zeitweilig ein Uebergewicht über das Junkertum verlieh. Dennoch habe Fürst Bismarck nie den Versuch unternommen, eine Umänderung dieses Wahlrechts zu bewirken. Die scheinbare (!) Ungerechtheit, daß unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts kein einziger Sozialdemokrat in das Abgeordnetenhaus gelangt sei, wäre für Bismarck eher ein Grund gewesen, dies Wahlrecht zu schärfen.

So weit geben wir dem Herrn Major a. D. durchaus recht. Für Bismarck war die Dreiklassenwahlrecht nur so lange ein „elendes“ System, als — während der Konfliktjahre — der Liberalismus vermöge des plutokratischen Charakters des Wahlrechts das Junkertum an die Wand zu drücken vermochte. Als sich dann das Blatt wieder zugunsten des Junkertums wandte, hatte der Urjunker Bismarck an dem preussischen Landtagswahlrecht nicht mehr das geringste auszusetzen!

Um so williger sind folgende Drakeleien des „Kreuz-Zeitungs“-Junkers:

„Was hat es überhaupt für einen Sinn, ein Wahlrecht zu ändern, welches angeblich ungerecht ist? Wo gibt es ein menschliches Gesetz oder ein Naturgesetz, welches gerecht ist? Gerechtigkeit gibt es nur im Christentum, ja mehr als Gerechtigkeit und etwas Höheres, als die arme irdische Gesehmähigkeit. (!) Es beruht in der vollkommensten Freiheit nach außen, in der allergrößten Selbstsucht nach innen. — Dagegen würde jeder, der einen Staat mit neuen vollkommenen Gesetzen aufbauen wollte, die größten Ungerechtigkeiten begehen und bereuigen.“

Das ist die schönste Hammersteinade. „Gerechtigkeit“ gibt es nur im „Christentum“. Das Unrecht aber muß zu Ruh und Frommen unseres Krantjunktums erhalten bleiben! Die „arme irdische Gesehmähigkeit“ hat im Dreiklassenwahlrecht trotz des Christentums den Junkerinteressen genehmigsten Ausdruck gefunden. Die „arme irdische Gesehmähigkeit“ ist zwar der „christlichen Freiheit“ gegenüber ein gleichgültiges Ding — aber nur für die Nichtbestehenden. Für die Bestehenden ist sie ein geheiligtes Nährmischbraten, um befechtwillen es das „christliche“ Junkertum bei den Wahlrechtsdemonstrationen des Jahres 1906 ruhig auf einen Waffenerlaß hätte ankommen lassen, sofern die Masse nur dasselbe Recht für sich in Anspruch genommen hätte wie der Hottentottenmohr, der am 25. Januar und 5. Februar in geschlossenem Zuge nach dem Schlosse marschierte. Das Niederlartaischen der „Kanaille“, die sich mit der „christlichen Freiheit“ nicht genügen ließ, die zwar nicht ein Klassenverrecht, wie es die Junker im Dreiklassenwahlrecht besitzen, erstrebte, sondern ein allgemeines und gleiches Wahlrecht, wäre natürlich auch nur ein Akt junkerlicher Christennächstenliebe gewesen!

Famos macht sich auch, daß der Kreuzzeitungsdritterschaft reformbedürftiger als das Landtagswahlrecht sei das — Reichstagswahlrecht! Sollte man eines der geltenden Wahlrechte „um der Gerechtigkeitstheorie willen“ reformieren, so möge man zunächst an die „offenbare Ungerechtigkeit des Reichstagswahlrechts“ die Hand legen. So möge man dafür sorgen, daß eine Garantie geschaffen werde, daß nur die „geeignetsten“ Männer gewählt werden dürften und könnten. Eine solche Garantie sei gegeben, wenn „nur solche Leute wählbar wären, die sich in irgend einem Beruf, sei es als Arbeitgeber, sei es als Arbeitnehmer beschäftigt das heißt weder durchgekämpft und eine Reihe von Jahren sich und ihre Familien selbständig erhalten hätten.“

Wir unsererseits hätten unter Umständen gegen diesen Vorschlag nichts einzuwenden. Dann nämlich, wenn nur alle die in den Reichstag gewählt werden dürften, die durch ihre persönliche Tätigkeit ihre bürgerliche Existenz zu fristen in der Lage wären. Alle Majoratsherren, Rittergutsbesitzer, Börseancypromissen usw., die nur von Geldsack- und Erbschaftsgütern ihr Parasitenwesein fristen, schieden danach von der Wählbarkeit zum Parlament aus! Es könnten nur solche Leute gewählt werden, die, sei es durch geistige, sei es durch körperliche Arbeit ihr Einkommen erwerben, nicht aber aus dem Genuß irgend welcher Renten leben!

So aber meint es natürlich der Kreuzzeitungsritter nicht! Die Junker und Kapitalisten, die, statt gesellschaftlich nützliche Arbeit zu verrichten, Kraft ihres mobilen oder immobilien Kapitals die Arbeit anderer Menschen ausbeuten, sollen wählbar sein, nicht aber Personen, die im Dienste der Klassen-korporation des Proletariats ihre bescheidenen und arbeitsreiche Existenz finden! Man sieht, mit welcher frivolsten Hohn dieser Junker-junker in dem führenden konservativen Organe das deutsche Volk überschüttet!

Uebrigens möchten wir einige Zahlen zur Illustration des nach der Meinung der „Kreuz-zeitung“ durchaus nicht verbesserungsbedürftigen Landtagswahlrechts beibringen. Es erhielten die Wählerstimmen im Jahre 1903:

Konservative	524 157	13,80	Proz.
Freikonservative	47 975	2,87	„
Nationalliberale	256 220	15,33	„
Frei. Volkspartei	73 245	4,88	„
Zentrum	251 958	15,07	„
Sozialdemokraten	314 149	18,79	„

Es erhielten Abgeordnete:

die Konservativen	142
Freikonservative	62
Nationalliberalen	77
Frei. Volkspartei	24
das Zentrum	95

und die Sozialdemokraten — die nächst den Konservativen stärkste Partei — keinen einzigen Abgeordneten!

Neuerst kennzeichnend für das nach und trotz Widmarck elendeste aller Wahlsysteme ist auch folgende Feststellung:

Die Gesamtzahl der Urwähler verteilte sich auf die drei Abteilungen in Hunderteilen für die Jahre 1855 und 1903 folgendermaßen:

Jahr	Gesamtzahl der Urwähler	davon entfallen in Hunderteilen auf Abteilung		
		I	II	III
1855	2 008 156	5,02	13,89	81,09
1903	7 101 908	8,56	12,07	84,57

Das Dreiklassenwahlrecht hat sich also seit 50 Jahren noch erheblich verschlechtert. Während im Jahre 1855 die beiden ersten Klassen, die der dritten gegenüber den Ausschlag geben, noch 18,91 Urwähler umfaßten, umfaßten sie 1903 nur noch 15,43 Proz. der Urwähler. Während also im Jahre 1855 durch das Dreiklassenwahlrecht auf je hundert Wähler 81 politisch rechts gemacht worden waren, sind im Jahre 1903 von je hundert Wählern deren mehr als 84 ihres politischen Rechtes beraubt! Und für ein so schmachvolles Wahlrecht mag das führende Organ der Konservativen trotz der neuen „konservativ-liberalen Paarung“ eine Lanze zu brechen!

Noch nicht ganz vogelfrei.

Im Dorfe Lamisch des Reichstagswahlkreises Weeskov-Storlow-Charlottenburg war der Genosse Löpfer Mischlänger aus Langewahl am 25. Januar als Stimmzettelverteiler tätig. Am Nachmittag ging der Schneidemühlensbesitzer Emil Roggag zur Wahl. Auf der Straße vor dem Wahllokal bot ihm unser Genosse einen Stimmzettel an. Mit den Worten: „Ich brauche Ihren Stimmzettel nicht“, erhielt er hierauf von dem Wähler einen Schlag mit der Faust ins Gesicht, das ihm die Nase zu bluten begann und ihm der Gut vom Kopfe fiel. Der Ordnungsheld trat darauf den Gut mit den Fingern entgegen und ging dann in das Wahllokal.

Der Mischlänger, der seinen Posten nicht verlassen konnte, begnügte sich vorerst damit, bei einigen Augenzeugen des Vorfalls den Namen des rohen Patrons festzustellen.

Abends begaben sich mehrere Wähler hintereinander in das Lamischer Wahllokal. Der Genosse Mischlänger bot auch ihnen einen Stimmzettel an. Von dem letzten Wähler bekam er einen Schlag mit der Faust in das Gesicht, und siehe da, in dem Schläger erkannte Genosse Mischlänger den Schneidemühlensbesitzer Roggag wieder. Er stellte natürlich Straf-antrag gegen den schlagfertigen Herrn.

Am Dienstag gelangte die Sache vor dem Schöffengericht in Weeskov zur Verhandlung. Auf die Anklagebank mußte aber nicht nur Herr Roggag, sondern auch der Mischlänger. Herr Roggag hatte nämlich entdeckt, daß Genosse Mischlänger ihn mißhandelt habe und er hatte sich daher mit einem Strafentwurf revanchiert, dem das Gericht merkwürdigerweise stattgegeben hatte.

Vor Gericht stellte Herr Roggag sich als der frivol Angegriffene hin, der sich durch den Schlag lediglich seiner Haut gewehrt habe. Mischlänger habe ihn, so behauptete er dreist und gottesfürchtig, am Arm gepackt und ihm dadurch Schmerzen verursacht. Der Schlag sei in der Abwehr erfolgt.

Diese Angabe trägt den Stempel der Unwahrheit an der Stirn. Ein Anpacken am Arm, noch dazu ein solches, das Schmerzen verursacht, wäre ja die unvernünftigste Weise, um einem Wähler einen Stimmzettel anzubieten. Der Vorsitzende empfand das denn auch. Als Roggag auf die wiederholte Frage, was Mischlänger denn gesagt habe, als er ihn also am Arm packte, die Antwort gab: „Er hat nichts gesagt!“ konnte sich der Vorsitzende nicht enthalten zu bemerken: „Ihre Darstellung des Vorganges erscheint mir doch recht wenig glaubhaft zu sein!“

Genosse Mischlänger hatte acht Zeugen der Vorgänge benannt. Es waren aber nur zwei, die in Lamisch wohnhaft waren, geladen worden. Sie bestätigten indes die im Strafentwurf unseres Genossen gegebene Darstellung des ersten Vorfalls bis in alle Einzelheiten.

Nach übereinstimmender Aussage beider war Genosse Mischlänger in der höflichsten Form, mit den Worten: „Entschuldigen Sie, vielleicht ein Stimmzettel gefällig?“ an den Roggag herangetreten und erhielt hierauf ohne weiteres einen Schlag in das Gesicht, worauf ihm die Nase „derb“ blutete. Von der zweiten Mißhandlung hatten diese Zeugen nichts gesehen. Genosse Mischlänger hatte dafür auch nicht sie, sondern fünf andere Zeugen benannt, die aber samt und sonders nicht geladen waren. Diese fünf Nichtgeladenen sind nämlich Mitglieder des Sozialdemokratischen Wahlvereins Reichsdorf, dem auch Mischlänger angehört.

Herr Roggag hatte als Entlastungszeugen einen Kossäten aus Lamisch geladen. Der Mann konnte indes nichts Entlastendes beibringen, sondern mußte erklären, daß er am Abend des 25. Januar in der Dunkelheit vor dem Roggag in das Wahllokal gegangen wäre, von irgend welchen Vorgängen hinter sich aber nicht das geringste gemerkt habe.

Obwohl demnach die ersparte Beweisaufnahme auch nicht den Schatten eines Beweises dafür erbracht hatte, daß Genosse Mischlänger den Angeklagten Roggag am Arm angefaßt habe, beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, der Bürgermeister von Weeskov, dennoch gegen Mischlänger eine Geldstrafe von 5 M.!! Gegen Roggag beantragte er 15 M.!!

Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Kosten Jose Freisprechung des Genossen Mischlänger und auf Verurteilung des Roggag zu 15 M. Geldstrafe wegen Körperverletzung. Von der Sachbeschädigung (der Zertrümmerung des Gutes des Genossen Mischlänger) war weiter nicht die Rede!

Man sieht, der Sozialdemokrat ist nicht vogelfrei in Preußen. Oder richtiger gesagt: noch nicht ganz vogelfrei! Wenn er sich das aber vor Gericht bestätigen lassen will, gerät er in Gefahr, mit auf die Anklagebank zu kommen!

Vom sozialdemokratischen Kongreß in London.

Den offiziellen Kongreßbulletins entnehmen wir folgende Einzelheiten der Kongreßverhandlungen:

Der Bericht des Zentralkomitees.

Im politischen Teil seines Berichts gab der Vertreter des Zentralkomitees eine Uebersicht der politischen Tätigkeit der Partei seit dem vorjährigen Kongreß in Stockholm (die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion der ersten Duma, die Auflösung der Duma und der allgemeine Streik, die Rekrutenkampagne, die Wahlen zur zweiten Duma). Das Zentralkomitee konstatiert, daß es von seinen ersten Schritten an auf heftige Opposition in der Partei in bezug auf eine Reihe taktischer Fragen stieß, und weist dies weiteren auf die desorganisierende Tätigkeit der sogenannten „Kampforganisationen“ hin, die unter anderem in der Einberufung — entgegen dem strikten Verbot des Zentralkomitees — einer Konferenz der Militär- und Kampforganisationen Ausdruck fand. Die anomalen Verhältnisse endlich, in denen die Tätigkeit der Partei verlief, konnten auf die Politik derselben nicht ohne Einfluß bleiben.

Dem Massenberichte des Zentralkomitees entnehmen wir folgendes: Von Privatpersonen, Organisationen und ausländischen Hilfsgruppen waren (während des Berichtsjahres) eingegangen 77 780 R. 44 K., von Parteiorganisationen 3584 R. 28 K., im ganzen also 81 314 R. 67 K., welche wie folgt veräußert wurden: Von den Ausgabenposten sind zu nennen: Geheimdruckerien und illegale Literatur 13 400 R. 84 K., Unterstützung an verschiedene Organisationen 4494 R. 69 K., Liquidation des vorjährigen Kongresses 2808 R. 47 K., Protokolle des vorjährigen Kongresses 2180 R., legale Literatur 24 611 R. 16 K., Unterstützungen an Genossen 2256 R. 50 K., als Kautions für Genossen zeitweilig angebracht 2055 R. Im ganzen wurden 83 570 R. 03 K. ausgegeben. Am 14. April 1907 betrug das Defizit 2256 R. 38 K.

Ueber die Verlagstätigkeit des Zentralkomitees ist zu melden: In der Geheimdruckerie des Zentralkomitees wurden herausgegeben: 9 Broschüren in 111 550 Exemplaren, 17 Flugblätter in 755 000 Exemplaren, 20 Rundschreiben an die Organisationen in 47 300 Exemplaren (im ganzen 948 850 Exemplare), 13 Nummern von Solbaleitungschriften in 101 500 Exemplaren, im ganzen also 1 048 350 Exemplare. Außerdem wurden daselbst gedruckt 10 Nummern des Organs der Petersburger Militärorganisation in 70 000 Exemplaren.

In legalen Druckerien wurden 33 Flugblätter in 1 350 000 Exemplaren gedruckt.

Der Korreferent des offiziellen Berichterstatters führte folgendes aus: Der vorjährige Kongreß hat wohl in einigen taktischen Fragen bestimmte Direktiven angenommen, doch seine geschlossene Grundlinie der Taktik ungedeutet. Die angenommenen Direktiven sollten von einem Zentralkomitee in Wirklichkeit umgesetzt werden, das weit stärker den Stempel einer bestimmten Fraktion trug, als der Kongreß, der es wählte. Es deutete denn auch diese Direktiven in immer mehr gemäßigter Weise und deprimierte durch seine taktischen Lösungen die Genossen. . . . Die Mängel der Organisation und Zusammenfassung des Zentralkomitees müssen nun beseitigt werden. Die neuen Direktiven müssen in möglichst systematischer und bestimmter Form abgefaßt werden, um die taktischen Schwankungen zu beseitigen.

Nach längerem Debatten wurde — wie schon mitgeteilt — der von den Bundesräten beantragte einfache Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

London, den 30. Mai. (Spez.-Tel.)

Zum Punkte der Tagesordnung über das Verhältnis zu nichtproletarischen Parteien wurde mit 158 gegen 110 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen die Resolution der Volkshewiki, jedoch mit zahlreichen Amendements, angenommen.

Ueber den Inhalt dieser Resolution wird gemeldet, daß sie sich scharf gegen die Oligarchen und die Partei der friedlichen Erneuerung wendet. Weiter wird erklärt, daß alle Beziehungen zwischen den Sozialisten und Kadetten abzubrechen sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Mai 1907.

Berechtigte und unberechtigte Klassenjustiz.

Zum Thema „Arbeiter und Sozialdemokraten als Schöffen und Geschworene“ schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“ ein gewisser v. P. am Schluß einer längeren Scharfmacherei:

„Es ist aber doch ein bemerkenswerter Unterschied vom Standpunkt des Gemeinwohls, ob man dieselben zugunsten der Erhaltung des durch Verfassung und Gesetz festgelegten Zustandes beeinflusst ist, oder ob man befangen ist, weil man im Sinne von Gedanken steht, die auf die Beseitigung der bestehenden Ordnung abzielen.“

Herr v. P. hat vorher ausgeführt, daß er zwar gegen eine möglich verstärkte Heranziehung von Arbeitern zur Rechtspflege grohmütigerweise nichts einzuwenden will, weungleich er väterlicher Bedenken sich nicht erwehren kann, ob besagte Arbeiter nicht eigentlich zu dumm sind, um über betrügerischen Betrug und dergleichen hohe Rechtsbegriffe zu befinden. Sozialdemokraten aber: will Herr v. P. unter allen Umständen ausgeschlossen wissen, weil sie Umstürzler sind und die Obrigkeit, die Gewalt über sie hat, nicht respektieren. Abwieweil sie Staat und Obrigkeit mißachten, können sie bei Vergehen gegen die Obrigkeit und gegen Beamte nicht gerechte Richter sein. Den Einwurf aber, daß die Sozialdemokraten den nichtsozialistischen Richtern „den Vortour mangelnder Unbefangenheit bei Beurteilung sozialdemokratischer Ausschreitungen, z. B. Angriffe gegen Arbeitswilige“ machen, tut der Herr mit dem oben angeführten Plat ab.

Das heißt also, Klassenjustiz ist erlaubt, wenn sie sich gegen Sozialdemokraten richtet, nicht aber, wenn sie sich gegen Vertreter der heutigen Ordnung richtet. Ein erfrischendes Jugendbildnis, das registriert werden muß. Sozialdemokraten sind als Richter untauglich wegen Befangenheit — Befangenheit der Richter im Prozeß gegen Sozialdemokraten aber schadet weiter nichts, denn sie wirkt ja zum Besten der bestehenden Ordnung. Was schiert den

Junker die Gerechtigkeit, wenn die Ordnung bei der Ungerechtigkeit besser fährt. Es lebe also die berechnete Klassenjustiz.

Ein Vorschlag zur Güte.

Wie wir gestern im lokalen Teile berichteten, hat im Lehrkurs für Gefängniswesen der Oberstaatsanwalt Zienbier eine Reihe ganz begründeter Ansichten geäußert. Dabei wurde u. a. mitgeteilt, daß für die Gefängnisse sogenannte „Aufsichtskommissionen“ bestehen, zu welchen in Zukunft Laienmitglieder hinzugezogen werden sollen, die der Justizminister ernannt. Bisher bestehen die Kommissionen nur aus Staatsanwälten, Richtern und Gefängnisbeamten. Wie wenig diese für sich allein in Gefängnisangelegenheiten ausreichen, zeigt ja schon die Tatsache, daß ein solcher Lehrkurs hat eingerichtet werden müssen. Die gelehrten Herren Juristen wissen meist nicht einmal, wie es in Gefängnissen zugeht, und die Gefängnisbeamten als einzige Praktiker in der Kommission können doch immer noch keine rechte Vorstellung davon haben, wie es in der Seele eines Gefangenen aussieht und wie die Strafe auf ihn wirkt. Das aber, meinen wir, ist wesentlich für die erprobliche Tätigkeit einer solchen Kommission. Deshalb sollte man, bei der angeführten Ergänzung der Kommissionen durch Laien, bedacht sein, diesem Mangel abzuhelfen, was denn freilich auf keine andere Weise möglich ist, als indem man solche Leute zu Mitgliedern ernennt, die schon selbst im Gefängnis gefesselt haben. Man glaube nicht, daß wir scherzen. Nur wer schon selbst diese Pein durchgemacht hat — und zwar nicht zu kurze Zeit, z. B. nicht unter drei Monaten — nur der ist sich klar darüber, was es heißt, Sträfling zu sein, und nur der kann wirkliche Fürsorge für die Gefangenen ausüben.

Sträubt man sich gegen den Gedanken, Raubmörder und Taschendiebe mit einem Ehrenamte zu beladen — wir würden selbst dabei nichts finden, denn unzähligmal schon hat sich ein Verbrecher als besserer Mensch erwiesen denn der untadeligste Ehrenmann — aber sträubt man sich hiergegen, so wählten wir einen Vorschlag zur Güte: man wende sich um Hilfe an die sozialdemokratischen Redakteure, die ja auf diesem Gebiet eine reichhaltige Erfahrung zu haben pflegen. Wir sind überzeugt, daß sie hier wie überall nicht zaudern werden, ihre intensiven Sachkenntnis dem allgemeinen Besten zur Verfügung zu stellen. —

Auch ein Erfolg der Waffentechnik.

Die Vertreter des Militarismus sind bekanntlich vom Kriegsmiester bis zum letzten Korporal der Ueberzeugung, daß das Volk, das „Blut“, lediglich des herrlichen Kriegsheeres wegen da sei. Zu alledem scheint nun noch eine neue Pflicht gekommen zu sein, nämlich die, Granaten und sonstigen Sprenggeschossen als Zielobjekt zu dienen.

Erst vor kurzem waren zwischen den Häusern des Dorfes Altentrath (Bezirk Köln) zwei Granaten niedergegangen und krepieri, die von dem Schießplatz Wahn stammten. Lange dauerte es, bis die Erregung der Einwohnerschaft gewichen war. Man nahm als selbstverständlich an, daß die Militärverwaltung Maßnahmen treffen werde, die solche Vorkommnisse ein für allemal unmöglich machten. Aber weit gefehlt! Dieser Tage platten wiederum vier Schrapnells zwischen Altentrath und Wahn am hellen Mittag an der stets belebten Straße. Die Sprengstücke machten die ganze Umgegend bis zwei über die Schießplattgrenze hinaus unsicher. Auf der Straße verkehrende Fußleute und die in den benachbarten Sandgruben tätigen Arbeiter schwebten in Lebensgefahr, da dicht neben ihnen sich Sprengstücke in den Boden einbohrten. Selbst die zur Beobachtung des Schießens im Sicherheitsstande postierten Soldaten verließen ihre Plätze. —

Richter über sich selbst.

Bei der Eröffnung der Schwurgerichtssitzung in Drauschweig führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rohmann, aus: Es sei in den letzten Jahren Brauch geworden, den Richterstand zu schmähnen und seine Leistungen herabzusetzen. Man habe behauptet, die Richter ständen dem praktischen Leben fremd gegenüber und lebten zu sehr an den Worten. Dieser Vorwurf, sofern er gegen den ganzen Richterstand erhoben werde, sei sehr leichtfertig; er gereiche dem Vaterlande zur Ansehre und man möge ihn deshalb in Zukunft unterlassen. Hier an dieser Stelle wolle er diesen Anschuldigungen ausdrücklich entgegen treten. Nirgends finde man einen so fleißigen, gewissenhaften und strebsamen Richterstand wie gerade in Deutschland. Man habe den Richterstand sogar verächtlich, daß er weder den guten Willen noch die Fähigkeit besäße, seines Amtes zu walten, ohne zu bedenken, wieviel dazu gehöre, Richter zu sein. Bevor der Richter seine Praxis anhebe, müsse er bei Tausenden von Rechtsfällen zugegen sein, und gegen einen Mann, der durch ein langes, sorgfältiges Studium vorbereitet ist, könne man den Vorwurf nicht erheben, daß er seine Sache nicht verstehe. In fast allen Staats- und Gemeindevertretungen sei der Richterstand vertreten, den jene nicht entbehren könnten und wollten. Niemand sei ein so leidenschaftlicher Vorwurf gegen den Richterstand erhoben worden wie gegenwärtig. Ferner unterlasse man die Schwereigkeiten, ein Geschworenengerichtkollegium zu bilden, und es sei eine traurige Tatsache, daß fast ein Drittel der Ausgelosten ablehnte.

Der Landgerichtsdirektor scheint den uralten Rechtsmax „Niemand kann in eigener Sache Richter sein“ trotz aller Vorbildung vergessen zu haben. Uebrigens dürfte die Gerichtshilfe, an der der Richter einseitig redet, ohne Diskussionen zulassen zu können, der ungünstigste Ort zu Erörterungen über die Qualifikationen sogenannter gelehrter Richter sein. Der Richter, der die praktischen Lebensverhältnisse nicht kennt, kann das für praktische Verhältnisse gegebene Recht nicht anwenden. Die Vorbildung unserer deutschen Richter fordert aber nicht die Erforschung und Kenntnis der Verhältnisse des realen Lebens. Wenn sie statt der formal-juristischen Vorbildung Kenntnis in nationalökonomischen, geschichtlichen und naturwissenschaftlichen Dingen erwerben würden, oder wenn sie gar einen jahrelangen praktischen Kampfs und Dasein als Arbeiter durchzumachen hätten, würden sie erheblich besser dazu geeignet sein, die Justiz mit der Berechtigung in Einklang zu bringen. Der Braunschweiger Direktor hat durch seine Verteidigungsrede die von ihm wieder gegebene Anklage trefflich gestützt: wer zu viel von sich hält, hält andere vor sich ab. —

Getreidezölle und Brotpreis.

Aus Altona wird der „Vossischen Zeitung“ vom 31. Mai gemeldet:

Die Bäderleitung beschloß eine Preiserhöhung sämtlicher Brotforten. Ferner wurde die schleunige Anhebung der erhöhten Getreidezufuhrzölle gefordert. —

Wozu die Soldaten da sind.

In Rostock findet zurzeit ein Tierchau- und Maschinen-ausstellung statt. Die Straßenbahndirektion hat gesteigerten Verkehr erwartet und als Zuschußschaffner Soldaten eingesetzt!! Die zweijährige Dienstzeit ist offenbar viel zu lang. —

Geldene Jugend.

Etwa 10 000 Mark in manchem Monat, nicht etwa in Jahr, hat ein Sprößling der bayerischen Geldaristokratie, der junge v. Lang-Ruchof schon als Gymnasiast ausgegeben. Nach dem eblischen Zeugnis seines Vaters, des Reichsrats v. Lang-Ruchof im Münchener Lucherprozeß. Der Herr Vater schob die Schuld auf eine Schauspielerin, die der Herr Gymnasiast als Waitresse gehad hat

Zehn Arbeiterfamilien müssen mit solchem Betrag, den der Herr Gymnast „in manchem Monat“ verputzte, ein ganzes langes Jahr auslangen. Und die zehn Familienväter sollen dabei nicht unzufrieden sein und nicht streiten und nicht sozialdemokratisch wählen und wollen. Weil sonst die Herren Väter ihre Herren Söhne nicht standesgemäß erhalten könnten auf dem Gymnasium und später.

Kleine politische Nachrichten.

Der Termin für die Landtagswahlen im Königreich Sachsen ist festgesetzt worden. Die Wahlmännerwahlen in der 3. Abteilung werden am 3. September, der 2. Abteilung am 5. September und der 1. Abteilung am 6. September stattfinden. Die Abgeordnetenwahlen sind auf den 21. September anberaumt. Von den 82 Wahlkreisen des Landes sind 30 Kreise an den Wahlen beteiligt, davon 27 infolge verfassungsmäßigen Ausscheidens der bisherigen Abgeordneten, 2 infolge Ablebens und einer infolge Mandatniederlegung der bisherigen Abgeordneten. Von den Wahlkreisen sind 13 städtische, 17 ländliche. — Eine Konferenz der Rheinverstaaten zur Beratung über die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein tritt nun am 11. Juni in Heilbronn zusammen. —

Ein Schildbürgerstückchen doppelter Art haben die Stadtväter in Rieburg a. B. ausgeheckt. Im März d. J. sah das dortige Bürgerparlament den von allen Wahlbürgern mit freundschaftlichem Beifall begrüßten Beschluß, die Einkommensteuer um 10 Proz. zu erhöhen und dementsprechend die Grund- und Gewerbesteuer zu ermäßigen. Diese ungeheuerliche Belastung der Gesamtheit der Steuerzahler zugunsten des Glasföniglichen Geiz und der übrigen Fabrikanten, Gewerbetreibenden und Grundbesitzer ging sogar der gutgemeinten „Harke“ wider den Strich, und sie las den Steuerfiskus, allerdings mit dem üblichen Reiz, und ein klein wenig den Text. Darob helle Entrüstung in den Reihen der grundbesitzenden Bürgervorsteher. Die nämlichen Herren, die kalten Blutes den Arbeitern und kleinen Beamten einen Teil der bisher von den Gewerbetreibenden und Grundbesitzern getragenen Gemeindefürsorge aufgebürdet hatten, übten Rache: sie stellten bei Magistrats den Antrag, den Redakteur der „Harke“ nicht mehr als Berichterstatter zu den Sitzungen zuzulassen. Als der Magistrat diesen Schildbürgerstreich abgewehrt, und infolgedessen genannter Zeitungsmann in der nächsten Sitzung wieder erschien, stellte das in seinen heiligsten Gefühlen verletzte Bürgerparlament den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit. Dieser ungeheuerliche Antrag war selbstverständlicherweise auch dem Oberhaupt des Magistrats, dem Bürgermeister Stahl demnach sympathisch, daß er seinerseits beantragte, die Sitzungen zunächst einmal für die Dauer des Kalenderjahres vertraulich zu behandeln, und wenn sich dieses bewähre, später damit fortzufahren. Das ging nun zwar dem Bürgerparlament so weit, allein Magistrats trat dem Antrage bei und dabei hat es vorläufig sein bewenden. Jetzt erfährt die Öffentlichkeit über die Beratungen der Stadtväter nur, was Magistrats zu veröffentlichen geruht. Und kaum glaublich, aber wahr: das so unanständig hinausgeworfene Blatt machte von dem fremdbildigen Angebot des Magistrats bereits Gebrauch. — Bürgerliche Stadtväter und bürgerliche Presse sind einander wert. —

Oesterreich.

Der 85.!

Was die Wahlen in Galizien — von allem anderen abgesehen — noch ganz besonders widerwärtig macht, das ist der Umstand, daß sie sich im Schneckenempo bis in den Juni hinein vorwärtsschleppen. War nun bisher aus diesem Lande der Korruption nichts Erfreuliches zu melden, so brachte die Larnopoler Stichwahl doch endlich einen Lichtblick in die galizische Misere: Unser Genosse Jacko Ostapczuk hat aller Schlächtigkeiten-Korruption zum Trost in den Larnopoler Landgemeinden gestegt, und mit ihm zieht der 85. Sozialdemokrat in den Reichsrat! So ist denn auch der ruffenische Partei ihre Vertretung im Parlament des allgemeinen Wahlrechts gesichert.

Mit Wahlstandalosa aus Galizien könnte man ganze Hände füllen. Wir tragen zu dem bereits Mitgeteilten einiges Wenige nach. Von einer Deputation aus Urzetzan, Koshatyn und Chodorow (ruffenische und jüdische Wähler) wurde dem Minister des Innern Wienerh u. a. folgendes vorgelesen:

„Jeder Wähler wurde von einem Polizisten im Amtlokal geführt, wo ihm ein Magistratsbeamter eine Wahllegitimation und einen auf den Namen des Dr. Dulemba lautenden Stimmzettel überreichte! Dazu wurde meist bemerkt, andere Stimmzettel würde man nicht bekommen, da die Gemeinde beschlossene habe, für Dr. Dulemba zu stimmen! — Da die dem Dr. Dulemba zugeordneten Stimmzettel von der Rückseite aus erkennbar waren, trachteten die Kommissionsmitglieder unter den wichtigsten Vorwänden, Wählern, die mit anderen Stimmzetteln versehen waren, das Wahlrecht zu entziehen. So wurde der Wähler Stad Ostromsk als „augenscheinlich noch nicht volljährig“ zur Wahl nicht zugelassen, obwohl der Vertrauensmann Kofowitsch für dessen Volljährigkeit verbürgte! Der Wähler Dnas Pomeranz wurde nicht zugelassen, weil er in der Wählerliste als Spenglergehülfe verzeichnet war, die Kommission aber meinte, er sei für einen „Gehülfe“ zu alt!!“

Dasselbe Argument wurde gegenüber dem Schustergehülfe Johann Kermowicz geltend gemacht. —

Die Kommunal- und Bezirksbeamten machten während der Wahldauer auf den Korridoren Propaganda, entrißen den Wählern die Stimmzettel gewaltsam und drückten ihnen an deren Stimmzettel, die mit dem Namen des Dr. Dulemba versehen waren, in die Hand. —

Der Minister nahm die Beschwerden entgegen und sagte zu, sofort Erhebungen zu pflegen und „nach Möglichkeit“ einzugreifen. —

England.

„... alle beide sinken.“

London, 31. Mai. Der Bischof von Norwich hielt eine heftige Rede gegen die Grenzstaaten im belgischen Kongostaate, sagte aber hinzu, daß auch England nicht überall makellos dastehet.

Der eheliche Bischof hätte fortfahren können: auch Frankreich, Holland, Spanien — Deutschland nicht zu vergessen —, kurz alle Kapitalisten-Staaten, die „kolonisieren“, haben Grenzstaaten nach Art der im Kongostaat begangenen in Hülle und Fülle aufzuweisen. —

Vernunft in Strafsachen!

London, 31. Mai. (Unterhaus.) In der heutigen Sitzung wurde der Gegenstand betreffend die Errichtung einer Vernunftkammer für Kriminalsachen in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Wann wird Deutschland endlich nachhumpeln? —

Norwegen.

Im Dienste der russischen Despotie.

In der vorigen Woche hat sich in Kristiania der große sensationelle Prozeß abgepielt, der darüber entscheiden sollte, ob es notwendig ist und für die äußere Sicherheit Norwegens notwendig

war, daß die norwegischen Behörden im letzten Sommer in Verdacht die dort in der sozialdemokratischen Druckerei hergestellten russischen Schriften in Beschlag nahmen. Zweck der Anklage war, die dauernde Einziehung der beschlagnahmten Schriften herbeizuführen. Dazu war bei rein sachlicher Auffassung des in Betracht kommenden § 96 des norwegischen Strafgesetzbuches notwendig, zu beweisen, daß das friedliche Verhältnis Norwegens zu Rußland durch die Herstellung der Schriften und ihre Verbreitung nach Rußland gefährdet wurde. Um hierüber Klarheit zu schaffen, hatte der Verteidiger der angeklagten Ruffen, Obergerichtsanwalt Puntebold, die beiden norwegischen Minister Löwland und Bothner als Zeugen laden lassen. Bei ihrer Vernehmung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Minister des Inneren, Löwland, weigerte sich jedoch auch da, ohne königliche Genehmigung auf die Frage zu antworten, welche Beweise er dafür habe, daß Unterlassung der Beschlagnahme jener Schriften das friedliche Einvernehmen zwischen Norwegen und einem anderen Lande in Gefahr gebracht hätte. — Offenbar war es auch gar nicht möglich, irgendwelchen Beweis dafür zu erbringen. Rühre doch sonst das friedliche Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland, Frankreich, der Schweiz schon längst in die Brüche gegangen sein; denn dieselben Schriften, die dem einstmaligen „revolutionären“ und „republikanischen“ Löwland so gefährlich erschienen, daß er die Pressefreiheit deswegen außer Kraft setzte, dieselben Schriften sind in jenen Ländern zum Zweck der Verbreitung nach Rußland gedruckt worden, ohne daß die Behörden Einspruch erhoben! Eine der beschlagnahmten Schriften: „Die Kasse des Kaisers — Des Volkes Taschen“ ist mit geringen Änderungen sogar in Petersburg gedruckt worden! Als die revolutionärste der Schriften wurde von der Anklagebehörde „Das Manifest an den russischen Bauernstand“ bezeichnet, das auch sowohl in Paris wie in Berlin gedruckt worden ist. Hier erschien dieses Manifest in einer russischen Zeitschrift, ist in dieser Form nach Rußland versandt worden und hat ungehindert die russische Zensur überstanden!

Das Gericht verurteilte die beiden Angeklagten, die Einziehung der Druckschriften zu erdulden. Die Mehrheit des Gerichts, nämlich der Vorsitzende Assessor Bull, ein Hochkonservativer, und die ihm gleichgesinnte Beisitzerin, Fräulein Agnes Mathiesen, erklärten, daß das friedliche Verhältnis durch die Schriften zwar nicht „in concreto“ gefährdet worden sei, daß sie aber „in abstracto“ geeignet seien, es zu gefährden! Die Minderheit, Ingenieur Körne, hielt diesen Umstand nicht für ausreichend für einer Verurteilung: die Anwendung des § 96 des Strafgesetzbuches erfordere einen Beweis dafür, daß tatsächlich das friedliche Verhältnis zwischen Norwegen und Rußland durch die Schriften in Gefahr gekommen sei.

Gegen das Urteil, das selbst in konservativen Kreisen mehr oder minder heftigen Widerspruch hervorgerufen hat, wird natürlich Berufung eingelegt werden.

China.

Aufbruch.

Amoy, 31. Mai. (Nachricht des „Reuterischen Bureaus.“) 40 Meilen südlich von Amoy befinden sich 30 000 Menschen im Aufbruch. Der Bigefürst von Futschou sendet eine Truppe von 8000 Mann dorthin ab. Die Rebellen stehen unter geschickter Führung. Die ausführenderische Stimmung breitet sich auf die Städte in der Nähe von Amoy aus. Man erwartet hier das Eintreffen von Kriegsschiffen. —

Amerika.

Ein echter Roosevelt-Speech.

Indianapolis, 30. Mai. Aus Anlaß des heutigen „Memorial Day“, des Tages, an dem die Gräber der im Bürgerkriege (1861 bis 1865) Gefallenen besucht und geschmückt werden, fand heute hier in Gegenwart des Präsidenten Roosevelt die Enthüllung eines Denkmals für den General Rawton statt. Hierbei hielt Präsident Roosevelt eine Rede, in der er ausführte, eine der großen Aufgaben, welche die Nation vor sich habe, sei die Erhaltung der Eigentumsrechte, die viel weniger von Sozialisten und Anarchisten, als von reichen Räubern bedroht werden! ... Zur Schaffung gesunder Verhältnisse im Eisenbahnwesen sei zunächst eine Untersuchung der Verhältnisse der einzelnen Bahnen notwendig, die seitens der „Interstate-Commerce-Commission“ zu geschahen habe. Die Bundesregierung würde auf diese Weise imstande sein, jede Ueberschuldung in Zukunft unmöglich zu machen und zu verhindern, daß irgend jemand späterhin durch Belastung des Eisenbahnbestandes mit Obligationen andere Leute ausplündern und das Geld in die Tasche stecke, anstatt es für Verbesserungen und für legitime Gesellschaftszwecke auszugeben. ... Auch für die Beförderung der Lage der Eisenbahnbediensteten müsse Sorge getragen werden durch bessere Entlohnung und Verkürzung der täglichen Dienstzeit. Mit der Rabattgewährung und ähnlichen Manipulationen müsse gründlich aufgeräumt werden, aber die Produktivität müßte andererseits so festgesetzt werden, daß eine angemessene Vergütung erzielt und so der Zuzug des nötigen Kapitals sichergestellt werde. Immer wieder aber müsse er betonen, daß als oberster Grundsatz im Eisenbahnbetriebe die Ehrlichkeit zu gelten habe, und zwar für den obersten wie den niedrigsten Angestellten, von denen jeder auf seinem Posten nicht nur die Interessen der Gesellschaft, sondern auch die des Publikums wahrzunehmen bestrebt sein müsse. Der Präsident schloß mit einem Appell an die Besitzer großer Vermögen, den rechten Gebrauch davon zu machen und neben dem eigenen Heil das Gemeinwohl im Auge zu behalten.

Von Verstaatlichung der Eisenbahnen will Mister Teddy tropaladem nichts wissen, weil ja das dreimal geheiligte Kapitalisteninteresse darunter leiden könnte. Der biedere Roosevelt hat sich übrigens — wie die Rede von Indianapolis beweist — in seiner alten Virtuosität, mit einem riesigen Schwall schöner Worte absolut nichts zu sagen, abermals etwas vervollkommenet — wenn das überhaupt noch möglich war. —

Zum Fall Schmitz.

Gegen Schmitz, den Bürgermeister von San Francisco, haben die Großgewerbetreibenden (Grand Jury) 16 Anklagen wegen Verletzung in Verbindung mit dem Verkauf von Stadtrechten an Privatgesellschaften erhoben. Er wird hauptsächlich beschuldigt, 50 000 Dollar von der Straßenbahngesellschaft angenommen zu haben, die nach dem Erdbeben um die Erlaubnis zur Anlage von Oberleitungen für die elektrischen Bahnen nachsuchte. Gegen den Präsidenten der Gesellschaft sind 14 Anklagen erhoben worden, ebensoviel gegen je zwei Rechtsanwältinnen der Gesellschaft und gegen den Rechtsanwalt und politischen Geschäftsführer von Schmitz, Abe Ruef.

Der Fall Schmitz wird mit Behagen von der kapitalistischen Presse ausgebeutet; denn Schmitz galt als der „Arbeiter-Mahor“, weil er von der Union Labor Party, der Partei der Gewerkschaften, zweimal als Bürgermeister gewählt worden ist. Die sozialistische Partei hat mit der Wahl von Schmitz nichts zu tun; sie beobachtete nur mit einem gewissen Interesse das Vorgehen der organisierten Arbeiter, die hier zum ersten Mal als selbständige Partei auftraten, vom Sozialismus aber noch nichts wissen wollten. Schmitz selbst galt als unabhängiger Republikaner, der wiederholt das Vertrauen der Arbeiter insoweit nicht täuschte, als er sich weigerte, bei großen Streiks und Boykotts die Polizei in den Dienst der Kapitalisten zu stellen. Dadurch hatten die Arbeiter manchen Erfolg in ihren gewerkschaftlichen Kämpfen.

Als sich aber Zeichen der Korruption in der Stadtverwaltung bemerkbar machten, ließen die Gewerkschaften keinen Zweifel darüber, daß sie damit nichts zu tun haben wollten. So legten sie z. B. energisch Verwahrung ein, als sie im Mai letzten Jahres hörten, daß die städtische Verwaltung gegen eine Verleumdungsumme von 450 000 Dollar gewisse Vorrechte an die Straßenbahngesellschaft übertrug.

Schmitz ist allem Anschein nach der Versuchung erlegen, wie schon Hunderte von republikanischen und demokratischen Bürgermeistern in amerikanischen Gemeinden. Gewöhnlich bezieht man sich, die entdeckten Geheimnisse zu verhehlen und keine Anklagen

aufkommen zu lassen, aber bei Schmitz ist das Gegenteil der Fall, weil man in ihm die Partei der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter treffen will. Man scheut dabei nicht vor großen Uebertreibungen zurück. So sprengte man das Gerücht aus, Schmitz habe sich auch an den Fonds für die durch das Erdbeben Geschädigten beteiligt — was sich jedoch als Verleumdung erwies. Schmitz ist noch Bürgermeister, aber er hat seine Macht mit einem Vizekommitee von 7 Mann zu teilen, deren Wünschen er sich fügt.

Die russische Revolution.

Ein Uleurauf.

Petersburg, 31. Mai. Der Bruder des Ministerpräsidenten Stolypin erklärt in der „Ruskoje Wremja“, daß die Duma durch die verweigerte Verurteilung der terroristischen Attentate ihr eigenes Todesurteil ausgesprochen habe. —

„Verherrlichung von Verbrechen.“

Petersburg, 31. Mai. (Reichsduma.) Das Haus trat in die Diskussion ein über das Gesetz betreffend die Verfolgung der Verherrlichung von Verbrechen, das am 6. Januar 1907 vom Ministerium publiziert worden ist. Die mit der Prüfung des Gesetzes beauftragte Kommission sprach sich gegen das Gesetz aus, da dasselbe juristischer Präzision entbehre. — Die Debatte wird auf Montag vertagt und die Sitzung um 6 Uhr abends aufgehoben. Heute abend findet noch eine zweite Sitzung statt, für die jedoch nur Dinge von geringerer Bedeutung zur Beratung stehen.

Der geheime Militärbund.

Petersburg, 31. Mai. (W. S.) Nachdem es der Polizei gelungen ist, die weitverzweigte Verbindung des revolutionären Militärgewerkschaftsbundes völlig aufzudecken (?), haben gestern in der Provinz zahlreiche Verhaftungen stattgefunden. Unter den Verhafteten befinden sich auch Personen in hoch angesehenen Stellen.

Petersburg, 31. Mai. (W. S. V.) Ein im Quartier der sozialdemokratischen Partei verhafteter Deserteur der Marine wurde wegen seiner Zugehörigkeit zur Militärorganisation kriegsgerichtlich angeklagt.

„Rechtsgarantien“ in Rußland.

Im August 1906 hatte der Schweizer Bundesrat in Uebereinstimmung mit dem Bundesgericht den Russen Welenzow an Rußland ausgeliefert. Es gelang ihm, auf der Reise zu entkommen, er wurde aber wieder verhaftet. Er sollte vor dem Schwurgericht in Moskau erscheinen; denn die Schweiz hatte an die Auslieferung die Bedingung geknüpft, daß Welenzow nicht vor ein Kriegsgericht gestellt werde. Zunächst war trotzdem der Versuch gemacht worden, diese Bedingung einfach zu ignorieren und Welenzow durch ein Kriegsgericht zum Tode verurteilen zu lassen! — Sein Advokat schlug Körn, die Presse ebenfalls, und so sollte dem das Geschworenengericht sprechen, das höchstens auf zehn Jahre Zwangsarbeit erkennen konnte. Aber das Gericht wird nicht sprechen. Wie nämlich der Genfer „Peuple“ mitteilen weiß, ist die russische Verwaltung auf andere Weise zu ihrem Ziele gelangt: Welenzow ist vor kurzem im Gefängnis tot aufgefunden worden! Wie er gestorben ist, weiß man nicht, die russische Regierung wird es aber wohl wissen; denn sie allein hat ja Kenntnis von dem, was in den Gefängnissen vorgeht. Sie berichtet von einer „galoppierenden Schwindhahn“, an der Welenzow zugrunde gegangen sein soll.

Viel eher als an die „Schwindhahn“ Welenzows wird man an die Schwindhahn der Jareuregierung glauben dürfen.

Das „Recht“: nicht zu wohnen.

Petersburg, 31. Mai. Der Senat hat beschlossen, den Juden das Recht, in Sewastopol zu wohnen, nicht zu gewähren. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Wäckerstreik.

Es geht weiter von Erfolg zu Erfolg. Die Bewilligungen mehren sich, ebenso die Zahl der Arbeitniederlegungen bei den Meistern, die bisher noch nicht bewilligt haben. Da immer noch auf neue Streikende hinzukommen, so erklärt es sich, daß deren Zahl noch beträchtlich ist, obgleich schon ein sehr großer Teil von denen, die am Dienstag in den Streik traten, zu den neuen Bedingungen in Arbeit stehen. Bis jetzt haben etwa 700 Meister, die zusammen 1200 Gesellen beschäftigen, die Forderungen durch Unterschrift anerkannt. Die Zahl der im Streik stehenden Gesellen beträgt 1600. Abgereist sind schon 800 und noch immer sieht man auf dem Streikbureau zahlreiche junge Leute mit Rucksack und Wanderstab, die sich zur Abreise melden.

Wenn man bedenkt, daß sich die Innungen auf diesen Kampf viel mehr vorbereitet hatten, als es im Jahre 1904 der Fall war, so kann der Wäckerverband mit den seitherigen Erfolgen des Streiks durchaus zufrieden sein. Es ist eine grobe Täuschung, wenn angesichts dieser Tatsachen die verschiedenen Obermeister ihrer Gesellschaft einzureden suchen, der Streik sei abgeschlagen. Nicht lange kann es mehr dauern und die Herren werden sich als die Beschlagenen bekennen müssen. Beschlagen von zwei Seiten, sowohl vom Wäckerverband als auch von ihren eigenen Leuten, die ihnen die Gefolgschaft versagen. Einstweilen machen ja die Innungsführer noch die größten Anstrengungen, um sich und die Innung aus der unangenehmen Situation zu retten. Durch Zeitungsinsinuation bis in die entlegensten Kreise und Orte sucht man nach Arbeitwilligen. So wurde der Streikleitung mitgeteilt, daß ein gewisser Reumann, Berlin, Lichterfeldestr. 31, in der „Oberlausitzer Dorfzeitung“ Wäckergefallen, natürlich mit Kost und Logis, nach Berlin sucht. Andererseits bemüht man sich auch auf Umwegen, Streikbrecher anzuwerben. Beispielsweise wurden durch Interate Wäckergefallen in Rüterbog verlangt und als sich einige Berliner dort meldeten, stellte sich heraus, daß man sie für Berliner Meister annehmen wollte, wofür sich die Gesellen natürlich bestens bedankten. Trotz aller Bemühungen bekommen die Meister nur ab und zu einzelne Arbeitwillige von außerhalb, die aber meist von den Streikposten an den Bahnhöfen eines besseren belehrt werden und sich dann nicht zu Streikbrechern erniedrigen. So mancher Wäckermeister, der durchaus nicht bewilligen will, Gesellen aber nicht bekommen kann, die bereit sind unter den alten Verhältnissen zu arbeiten, muß sich mit recht ungewöhnlichen Arbeitskräften zu helfen suchen. Wie der Streikleitung mitgeteilt wird, arbeitet beim Wäckermeister Modrow, Justusstr. 14, ein Köpfer Aulke als Streikbrecher „Wäcker“. Bei Punks, Stargardterstr. 64, hilft ein früherer Wäckermeister aus, der sonst als Rentier und Hausbesitzer ein beschauliches Dasein führt. Lange dürfte es der Rentier aber bei der ungewohnten Arbeit in der Wäckerfabrik nicht aushalten.

Wundern kann man sich nicht, daß den Herren, die so in der Paise sitzen, die Galle überläuft und daß sie ihre Wut, anstatt sie an den Innungsführern auszulassen, welche diese Verhältnisse verschuldet haben, gegen die Leitung des Wäckerverbandes richten. Jemand, der sich Braun nennt, schiedte das am Mittwoch verbotene Flugblatt an die Verbandsektion mit der Randbemerkung: „Verlassen Sie wenigstens die besseren Stabdiertel Berlins mit einer solchen Schandaktion.“ — Ein anderer schreibt auf einer Postkarte: „Gehet Herr Vertrauensmann, arbeiten Sie lieber anstatt sich den Gesellen der Arbeiter ernähren zu lassen, denn auf den ganzen Quatsch gibt keiner etwas und der Reingefallene sind Sie und die Aufgewiegelt. Mit Verachtung Runne.“

Neben solchen privaten Intelligenzien fehlt es nicht an terroristischen Maßnahmen von Innungsführern gegen Wäckermeister, welche bewilligt haben. Bei dem Brotbäcker Ulrich, Gohlfelderstr. 33, erschien ein Wäckermeister aus der Hohenlohestraße, der sich als Vorstandsmitglied der Innung ausgab und

berlangte, daß das Plakat entfernt werde; er würde sonst dafür sorgen, daß dem Händler die Rabattmarken entzogen werden. Nach der Nachprüfung, die gegen organisierte Arbeiter angewandt wird, hat dieser Bäckermeister sich einer Klage schuldig gemacht. Er möge sich deshalb vor dem Staatsanwalt in acht nehmen.

Polizeiliche Uebereifer

hat sich wieder einmal an unredlicher Stelle zu betätigen versucht. Im Bureau des Bäckerverbandes in der Auguststraße (nicht zu verwechseln mit dem Streikbureau in der Sophienstraße) erschien gestern ein Schutzmann und fragte an, ob man wünsche, daß die Polizei die Ordnung auf dem Hofe und vor der Tür aufrecht erhalte. Natürlich wurde das freundliche Anerbieten höflich zurückgewiesen. Die liebevolle Fürsorge läßt vermuten, daß der betreffende Beamte das Opfer eines Irrtums geworden ist. Jedenfalls glaubte er es mit einem Meisterbureau oder mit den Geschäftsräumen eines meisterfreien Vereins zu tun zu haben, welches gegen Streikende „geschützt“ werden sollte.

Im Interesse einer vollständigen Durchführung des Streiks und Boykotts ersucht die Streikleitung die Arbeiter und Parteigenossen, welche von auswärtigen Brothändlern Ware beziehen, auch diese über ihre Kautschuk und Aussträger nach der Legitimationskarte zu fragen. Wo eine solche nicht vorgezeigt werden kann, handelt es sich um Brot aus Bäckereien, welche die Forderungen nicht bewilligt haben.

In denjenigen Stadtteilen und Vororten, wo nur wenige Bäckermeister die Forderungen bewilligt haben, werden in den nächsten Tagen Filialen der Genossenschaftsbäckerei errichtet, so daß jedem Einwohner die Möglichkeit gegeben ist, in seiner Gegend boykottfreie Ware zu erhalten.

Ungeheuliche Zwangsmassregeln einer Zwangsinnung.

Bäckermeister, welche der Zwangsinnung in Rixdorf angehören und die Forderungen der Gesellen bewilligt haben, und deshalb das bekannte Plakat aushängen, erhielten vom Obermeister ein gedrucktes Strafmandat, welches so ausieht:

Zwangsinnung der Bäckermeister zu Rixdorf.

Wertes Herr Kollege!

Sie werden hierdurch vom Vorstand der Zwangsinnung der Bäckermeister Rixdorfs laut Innungsbeschluss vom 18. März 1907 aufgefordert,

das Bewilligungsplakat des Hamburger Bäcker-Gesellen-Verbands sofort aus Ihrem Laden von der der Kundschaft sichtbaren Stelle zu entfernen, sowie auch irgend welche Ausweis-papiere für Aussträger usw., welche die Bewilligung besagen, auszugeben —

Widrigenfalls Sie nach § 10 des Innungsstatuts für jeden einzelnen Fall in eine Strafe von 20 M. genommen werden. Rixdorf, 30. 5. 1907.

Der Vorstand.

J. A.: Otto Sze, Obermeister.

Zweifellos ist diese Strafverfügung des Innungsvorstandes unangeleglich und muß in jedem Falle, wo dagegen Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde erhoben wird, als ungültig bezeichnet werden. § 88 der Gewerbeordnung sagt: „Den Innungsmitgliedern darf die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit den Aufgaben der Innung in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden.“ — Die Aushängung eines Plakates, worin der Bäckermeister seiner Kundschaft eine auf den Gewerbebetrieb bezügliche Mitteilung macht, hat mit den Aufgaben der Innung nichts zu tun, der Vorstand ist deshalb nicht befugt, hierüber Bestimmungen zu treffen. — Uebrigens gehört zu den im § 81a der Gewerbeordnung genannten Aufgaben der Innung auch die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen.“ Die Innungsvorstände haben durch ihr Verhalten vor der Lohnbewegung das „gedeihliche Verhältnis“, soweit ein solches bestand, gestört. Diejenigen Meister aber, welche die Forderungen des Bäckerverbandes bewilligten, haben in ihrem Betriebe ein gedeihliches Verhältnis zwischen Meister und Gesellen hergestellt. Sie haben damit eine Aufgabe der Innung erfüllt und schon deshalb kann die Aufsichtsbehörde die Strafverfügungen des Obermeisters nicht aufrecht erhalten. Möge sich also niemand durch die Strafbescheide einschüchtern lassen.

Die Materialsperr

wollen die Innungsmeister über diejenigen Bäckermeister verhängen, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt haben. Gestern fand eine Sitzung mit den Gesellenervertretern statt, in der die Sache näher getreten wurde. Auch die Wehlfahrt will man unterbinden. Der Bäckerverband hat jedoch Vorseorge getroffen, daß allen Meistern die bewilligten Materialien von anderen leistungsfähigen Firmen geliefert werden!

Der Kampf im Baugewerbe.

Die Kohrer besprachen am Donnerstagabend in Willes Lokal die Ausperrung im Baugewerbe; sie hatten eine kombinierte Mitgliederversammlung (Sektion des Zentralverbandes und Verein der Kohrer) einberufen und hörten einen Vortrag von Heglin mit großer Aufmerksamkeit an. Nach einem kurzen Rückblick über die Entstehung des Kampfes im Baugewerbe erörterte der Redner den gegenwärtigen Stand der Dinge. Auf mehr als 500 Bauten, wo nicht ausgesperrt worden ist, sind die neu eingereichten Forderungen bewilligt worden, auf 300 Bauten war man bereit, auf Ehrenwort die Forderungen anzuerkennen, aber man verweigerte die Unterschrift. Die Arbeiterorganisationen hatten dagegen Gründe, auf Unterschriften zu bestehen und ließen sich auf nichts anderes ein. Die Kohrer, so klein sie an Zahl sind, erklärte der Redner, haben eine große Macht in Händen, denn von ihnen hängt die Tätigkeit der Ruhr ab. Man erwartet, daß die Kohrer Mann für Mann bereit sind, in den Kampf zu treten, sobald sie von den Ausgesperrten zur Hilfe aufgerufen werden. (Beifällige Zustimmung in der Versammlung.) Die Situation wird für die Unternehmer immer ungünstiger, meinte der Redner, sie haben ihre Macht, besonders was den Bestand der Baugeschäfte angeht, bedeutend überhäuft. In der Streikleitung ist man erkannt gewesen, den Gegner so schwach zu finden (1) und jetzt wird man die Situation für die Arbeiter auszunutzen wissen. Dabei ist auch den Kohrern eine wichtige Rolle zugedacht, über die in einer Versammlung der nächsten Woche Beschlüsse gefaßt werden soll. Allerlei Schiedungen der Unternehmer, die der Redner zu schildern wußte, ergötzen die Versammelten. So haben zehn große Unternehmer ihren Polierern die Bauten überlassen, die auch unterschreiben wollten; ein Unternehmer verheiratete sich hinter seiner — Frau, die unterschreiben sollte. Auf dergleichen Angebote geht die Streikleitung nicht ein. Jetzt geht's zum Angriff vor! — In der Provinz ist eine lebhafteste Nachfrage nach Berliner Bauarbeitern; eine stark steigende Bautätigkeit wird von dort gemeldet. Welche Vorkehrungen die Unternehmer gegenüber geboten ist, zeigen manche Beispiele. In Charlottenburg unterschrieb ein Unternehmer am Mittwoch; am Donnerstag stellte er 15 Akkordarbeiter ein; darauf legten sämtliche Bauhandwerker die Arbeit nieder. Der Streik dauerte nur wenige Stunden, da gab der Unternehmer nach und die 15 Akkordarbeiter mußten wieder abziehen.

In der Diskussion wurde angeregt, daß auch die Kohrer eine Regelung ihrer Lohnverhältnisse erstreben sollten; die Beschlüsse darüber wurde aber vorläufig noch vertagt.

Die Bauarbeiter hatten noch einmal eine Anzahl von Bezirksversammlungen einberufen, die erneut zu dem gemeinsamen Vorschlag aller Organisationen Stellung nehmen sollten.

Allen Versammlungen lag folgende Resolution vor:

„In Anbetracht der gegenwärtigen schwierigen Situation, in die wir mit den Arbeitgebern geraten sind durch das Verhalten der letzteren, hält die Versammlung es für notwendig und vorteilhaft, daß alle Organisationen, welche im Kampfe mit den Arbeitgebern stehen, diesen Kampf auch gemeinsam führen müssen; es ist dies um so notwendiger, weil die Gewerkschaften einem starken Gegner gegenüberstehen.“

Um diesen Kampf nun gemeinsam führen zu können, beschließt die heutige Versammlung des Bezirkes:

1. Die Versammlung erkläre in der Uneinigkeit unter den im Kampfe stehenden Gewerkschaften keinen guten Ausgang des Kampfes; sie ist daher der Meinung, daß die Kampfeinheit wieder hergestellt werden muß.

2. Sämtliche Versammlung für die augenblickliche Lage des Kampfes es für geboten, den Beschluß der letzten Generalversammlung aufzuheben und die von allen in Frage kommenden Gewerkschaften ausgearbeiteten und angenommenen Lohn- und Arbeitsbedingungen den Unternehmern zur Unterschrift vorzulegen. Ueberall dort, wo die Unterschrift erfolgt, ist die Arbeit anzunehmen.

3. Die Versammlung beauftragt die eingesetzte Schlichtungskommission, daß, wenn es mit dem Arbeitgeber-Verbande zur Verhandlung kommen sollte, diese auf Grundlage der zuerst gestellten Forderungen geführt werden.

Die Zentralstreikleitung, J. A.: Wilhelm Aribon.
Bei der Abstimmung machte sich erneut die heftige Opposition der Arbeiter gegen die strikte ablehnende Haltung der Unternehmer gegen jede Arbeitszeitverkürzung geltend. Nur 1491 Stimmen erklärten sich für die Resolution, 2979 dagegen. Kommt es zu Verhandlungen, so haben also die Unternehmer auch diesen Widerstand durch möglichst weitgehende Konzessionen zu überwinden.

Zur Lohnbewegung der Dachdecker.

Am Donnerstag fand im „Ewinemünder Gesellschaftshaus“ eine zahlreich besuchte Versammlung der Dachdecker statt, in der Görnich über den Stand der Lohnbewegung berichtete. Gegenüber dem, was am Mittwoch im „Vorwärts“ berichtet wurde, waren wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Die Firmen, die bewilligt haben, haben reichlich zu tun, und zum Teil sind weitere Arbeitskräfte eingestellt worden. Die Firmen, die den Kampf fortsetzen, müssen immer mehr damit rechnen, daß ihnen die beste Kundschaft verloren geht. Der Umstand, daß es im allgemeinen in Deutschland nicht an Arbeitsgelegenheit für Dachdecker mangelt, trägt dazu bei, daß die Zahl derer, die Berlin verlassen, immer größer wird. Und nicht nur ledige, auch verheiratete Dachdecker haben es vorgezogen, in der Provinz Arbeit anzunehmen. Den Stand der Bewegung bezeichnet der Redner als in keiner Weise ungünstig. Gleichwohl ist es nach der achtwöchigen Dauer des Kampfes im Interesse des ganzen Gewerbes wünschenswert, daß wieder Frieden eintrete. Der Redner teilte mit, daß am Mittwoch zwischen ihm und dem Vorsitzenden der Arbeitgeber eine Aussprache stattgefunden habe, und daß es wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche wieder zu Verhandlungen kommen werde.
Die Diskussion sowie die Abstimmung über einige Anträge ergaben, daß die Mehrheit der Versammlung mit der Leitung der Bewegung wie auch mit der Herabsetzung der Forderungen auf 8½ Stunden Arbeit und 85 Pf. Stundenlohn einverstanden war.

Auch die Potsdamer Maurer

stehen seit dem 1. April in einer Lohnbewegung. Trotz mehrmaligen Verhandels ist bis heute noch kein endgültiges Resultat zustande gekommen. Während die Maurer bei einer zweijährigen Tarisdauer 65 Pf. Stundenlohn fordern (bisher 60 Pf.), wollen die Unternehmer nur einen solchen von 63 Pf. im ersten Jahre und 65 Pf. erst im zweiten Jahre zahlen. Bei einer dreijährigen Tarisdauer würden sie sofort 65 Pf. zahlen. Eine vergangenen Dienstag abgehaltene Maurerversammlung nahm von den bisher stattgehabten Verhandlungen Kenntnis und kam hierbei einstimmig zum Ausdruck, daß man bei der Forderung verharren möge. Vorläufig werden die Maurer unter Weiterarbeit zu den alten Bedingungen eine abwartende Stellung einnehmen.

Ausland.

Achtung, Stukkateure!

Wegen der Konflikte im deutschen Baugewerbe sind Stukkateure aus Berlin, Hamburg und anderen Orten hierher gekommen, um Arbeit zu bekommen.

Die Verhältnisse im schwedischen Stukkateurgewerbe sind jedoch solche, daß Zugzug fernzuhalten ist. Die Arbeitsgelegenheit ist nicht größer, als daß die schwedische Arbeitskraft das Bedürfnis voll decken kann. Nur wenigen können wir Unterstützung geben.

Der Vorstand des Schwedischen Stukkateurverbandes.

Emil Petersen. Anut Erikson.

Unterm neuen Wahlrecht in Bayern.

Die siegreiche Sozialdemokratie.

Am Freitag hat das neue direkte Landtagswahlrecht im Bayernlande seine erste Probe bestanden, hat die Sozialdemokratie Bayerns zum ersten Male unter dem neuen Wahlsystem, das sie erkämpft hat, gefochten. Ein arbeitsreicher Wahlkampf liegt hinter ihr, den sie gegen alle bürgerliche Parteien zu führen hatte. Liberaler Block und Zentrum griffen sie mit gleicher Heftigkeit und mit gleich schmutzigen Waffen an. Rücken des Wahlsystems, Rücken der Bureaucratie, die die proletarischen Wähler vor allem trafen, hatten sich mit den Gegnern gegen die Partei des arbeitenden Volkes vereinigt. Aber sie haben nur den Erfolg gehabt, den Kampfeifer unserer Genossen zu steigern.

Die bis Mitternacht vorliegenden Resultate lassen erkennen, daß das von unseren Genossen erkämpfte direkte Wahlrecht für die arbeitenden Klassen Früchte tragen wird. Zwanzig Mandate dürften uns sicher sein und die sind ohne alle Kompromisse errungen. 1905 hatten wir nur 12 errungen, obwohl verschiedene Mandate (Schweinfurt, Kempten usw.) uns nur durch das taktische Zusammengehen mit dem Zentrum zufielen. Besonders erfreulich sind die glänzenden Resultate in München und Nürnberg. Höchst erfreulich ist der Sieg in Fürth und Erlangen, wo wir noch in den letzten Reichstagswahlen unterlagen.

München, 31. Mai, 10 Uhr 11 Minuten nachmittags.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Großer Wahlsieg. Gewählt sind die acht Sozialdemokraten Bollmar, Müller, Limm, Eduard Schmid, Franz Schmitt, Auer, Videmann und Hofhaupts. Außerdem wurden vier liberale Blockkandidaten gewählt. Nach stürmischem Wahlkampfe und bei großer Wahlbeteiligung erzielten wir bedeutende Mehrheiten.

Nürnberg, 31. Mai, 9.46 Uhr Am.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Sozialdemokratie hat in Nürnberg und Fürth einen glänzenden Sieg errungen. Von sechs Mandaten in Nürnberg sind fünf von der Sozialdemokratie errungen. Die Genossen Frhr. v. Haller, Dorn, Simon, Suckheim und Saecker sind gewählt.

In Fürth wurden die Genossen Segitz und Garfcher gewählt.

Nürnberg, 31. Mai, 10 Uhr 23 Uhr nachmittags.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In Erlangen wurde Genosse Frhr. v. Haller gegen den Block gewählt. Er ist also, da er auch in Nürnberg durchdrang, doppelt gewählt. Er nimmt in Erlangen an.

In Hof sind wir gegen Müller-Neiningen (liberal) unterlegen.

Nürnberg, 31. Mai, 11 Uhr 11 Minuten nachmittags.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Sozialdemokratie hat in ganz Bayern bis jetzt 20 Mandate errungen. Zwei gute Kreise stehen noch aus.

In Würzburg wurden ein Block- und ein Zentrumskandidat gewählt, in Bayreuth Casselmann und Brendel vom Block.

Hof, 31. Mai, 10 Uhr 17 Minuten nachmittags.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In Hof-Stadt und Hof-Land hat der Block gesiegt. Das Stimmverhältnis ist:

Hof-Stadt: Sozialdemokrat 2165, Liberal 2649, Zentrum 129.

Hof-Land: Sozialdemokrat 1970, Liberal 2551.

Ludwigshafen, 31. Mai, 9 Uhr 26 Minuten nachmittags.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Genosse Ehrhart gewählt.

Er erhielt 3441, der Block 2073, das Zentrum 802 Stimmen.

Ludwigshafen, 31. Mai, 11.20 Uhr Am.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Im Wahlkreis Ludwigshafen-Land erhielten Koerner (Soz.) 4006, Block 2044, Zentrum 1350 Stimmen. Genosse Koerner ist gewählt.

In Kaiserlautern wurden die Sozialdemokraten Ehrhardt und Klement mit 1000 Stimmen Mehrheit gewählt.

Ludwigshafen, 31. Mai, 11.36 Am.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In der Rheinpfalz sind bis jetzt gewählt 4 Sozialdemokraten, 7 Liberale, 8 Bündler und 2 Zentrum. Genosse Ehrhart wurde doppelt gewählt.

Nach den bis Mitternacht vorliegenden Telegrammen des Bureau Wolff sind von 163 Mandaten 54 dem Zentrum und 17 den Liberalen (einschließlich 2 Kandidaten der Deutschen Volkspartei) und 4 der Freien Vereinigung (agrarisch) zugefallen. Vom Block ist Dr. Duidde (D. Vp.) in München 5, Dr. Günther in München 6, Gzebelein, liberaler Samenhandler („der Fink hat wieder Samen“) in Nürnberg 2, Köhl (D. Vp.) in Würzburg 2, gewählt. Als Unikum aller Parlamente ist der liberal-katholische Pfarrer Grandinger in Raia durchgekommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Urteil im Mordprozess Liberta.

Beuthen, 31. Mai. (B. T. B.) Im Mordprozess Liberta wurde heute der Spruch gefällt. Der Mordschlichter Liberta wurde wegen zweifachen Mordes zweimal zum Tode und wegen Beihilfe zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt; Kistola wurde wegen zweifachen Mordes zum Tode und Frau Liberta wegen Unterlassung der Anzeige eines beabsichtigten Mordes in zwei Fällen zu je 3 Jahren, zusammen 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem wird sich Frau Liberta vor dem nächsten Schwurgericht am 17. Juni wegen Meineides in zwei Fällen zu verantworten haben.

Die Internationale des Kapitalismus.

Hamburg, 31. Mai. (B. T. B.) Der Zentralverein deutscher Arbeiter gibt bekannt, seitens der Arbeitervereinigungen von England, Dänemark, Schweden und Norwegen wurde darauf hingewirkt, daß während der Dauer des Ausstandes deutsche Seeleute, die in der Zeit nach dem 1. Mai den Dienst bei deutschen Reedereien aufgegeben haben, im Ausland nicht angestellt werden.

Aus der Ferienkolonie.

Frankfurt a. M., 31. Mai. (B. T. B.) Die der Mainzer Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hört, ist in der Angelegenheit des Soldaten vom 117. Infanterieregiment, der sich am Mittwoch auf Pöken erschossen hat, eine Untersuchung eingeleitet worden, da sich in der Kaserne Dinge abgespielt haben sollen, die dem Soldaten in den Tod getrieben haben.

Gefunkenes Segelschiff.

Cuxhaven, 31. Mai. (B. T. B.) Die oldenburgische Tjoil „Anbarina“ wurde heute Mittag von dem Australkampfer „Reisender“ angefahren und so schwer getroffen, daß sie sofort sank. Die Mannschaft ist gerettet.

Der Streik der französischen Seeleute.

Paris, 31. Mai. (B. T. B.) Der Ausstand der eingeschriebenen Seeleute dehnt sich aus auf Toulon, Gde, Bordeaux, Saint Nazaire, Nantes, Gette und Algier. Ueberall ist für die nötigen Schiffswachen gesorgt. Da der Ausstand gegen die Behörden und nicht gegen die Reeder gerichtet ist, wurde den Ausständigen von der Ausstandsleitung anempfohlen, eine korrekte Haltung zu bewahren.

Marseille, 31. Mai. (B. T. B.) Der Ausstand der eingeschriebenen Seeleute ist heute allgemein. Zwischenfälle sind bisher nicht vorgekommen. Die Mehrzahl der hier vor Anker liegenden Schiffe konnte nicht abgehen; nur 5 Dampfer nach Tunis, Corsica, New York und London konnten expediert werden. Die mit Früchten und Gemüse beladenen Fahrzeuge sind noch bedient worden, doch hat deren Mannschaft für morgen gekündigt. Auch der Schlepddampferdienst konnte heute noch aufrechterhalten werden, wird jedoch morgen eingestellt. Auch in Gaxe ist der Ausstand allgemein; der Küstenschiffahrtsdienst ist völlig unterbrochen. Mehrere bereits zur Ausreise fertige Dampfer mußten ihre Abfahrt verschieben. Man befürchtet, daß auch die beiden großen transatlantischen Dampfer „Provence“ und „Gascogne“, welche morgen mit 2500 Auswanderern abgehen sollten, nicht werden abfahren können. Auch die übrigen Schiffangehörigen wie Kellner usw. beabsichtigen, sich mit den eingeschriebenen Seeleuten solidarisch zu erklären. In Bordeaux ist der Ausstand der Seeleute ebenfalls vollständig, dagegen ist in Vieux vom Ausstande noch nichts zu bemerken.

Der weiße Schrecken und seine Folgen.

Lebz, 31. Mai. (B. T. B.) Vergangene Nacht wurde an fünf zum Tode durch den Strang Verurteilten das Urteil vollzogen. Ein Revieraufseher und ein ihm begleitender Soldat wurden heute auf der Straße erschossen.

Die Not der Könige.

Die Könige haben allen Grund, sich über schwere Zeiten zu beklagen. Die Anforderungen, die man an ihr Handwerk stellt, werden immer größer, aber der Profit bleibt aus.

Das Gottesgnadentum allein reicht längst nicht mehr aus, um die Völker zu regieren, man muß ihnen zugleich persönlich zu imponieren wissen. Das ist aber in unserem Zeitalter des Wettlaufens um die Gunst des Publikums sehr schwer.

Wie leicht war es doch z. B. in den früheren Zeiten für die Könige, als Förderer der Kunst zu gelten! Die Könige hielten sich Künstler, wie man sich Rennpferde oder Jagdhunde hält, und behandelten sie auch oft nicht viel besser. Ob sie aus Kunstinteresse oder aus Blasiertheit handelten, ganz egal, — der Geschichtsschreiber stellte pflichtgemäß die Kunst des Zeitalters als Emanation des Geistes der regierenden Fürsten hin! Heutzutage dagegen gibt es eine nationale Kunst und eine Kunst schlechweg, von großen kulturgeschichtlichen Gesichtspunkten aus. Diese Kunst bleibt den Königen ebenso fremd wie der Geist und das Leben der Nationen. Jedesmal tritt sie ihnen in den Weg, wenn sie die Künstler zu ruhmreichen Schöpfungen inspirieren wollen. Vom Gesichtspunkte eines Königs kann es, zum Beispiel, kein herrlicheres künstlerisches Problem geben, als die lange Reihe von Königen darzustellen. Hier, wo das Gottesgnadentum wirkte, braucht ja der Künstler sich nur vom Patriotismus durchwärmen zu lassen, um Heldengestalten zu schaffen. Aber wenn die marmornen Könige fertig in Reih und Glied dastehen, so hat man unfehlbar gewärtig zu sein, daß die Kunst sagen wird: „Das ist keine Förderung der Kunst, sondern ihre Vermöbelung und eine Verrohung des Geschmacks!“ Kurz und gut, die Kunst will, daß Könige zu ihr heruntersteigen — ein höchst pöbelhaftes Verlangen!

Auch der Verkehr der Könige mit der Wissenschaft vollzieht sich unter erschwerten Verhältnissen. Was hat z. B. Friedrich den Großen zum Philosophen erhoben? Ein paar blasierter Bemerkungen über Religion und Diners mit Voltaire! Das genügt heutzutage nicht mehr. Die Gelehrtenwelt verlangt ernstes Studium und ist ganz von ihren Fachkenntnissen eingenommen und fühlt sich indigniert durch einen leichtfertigen Dilettantismus, der sich ihr aufdrängt. Und selbst ingeniose Einfälle imponieren der Öffentlichkeit nicht mehr, da sie von den Geistesfunken der Witzblätter übertröffen werden.

Hat nicht etwa der Fürst von Monaco seine Sache wirklich mit großem Geschick arrangiert? Er wählte einen sehr modernen Wissenszweig, dazu noch einen, dem der Reiz der Absonderlichkeit anhaftet und der auch sehr kostspielig ist: Tiefseeforschungen! Wo bleibt aber die Anerkennung? Man macht sich über ihn lustig, man höhnt ihn, man sagt, daß er die wissenschaftliche Forschung simuliere und daß er auf dem Grunde des Meeres noch den letzten Louisdor der ertrunkenen Opfer seiner Spielbank suche! Man will die Könige gar nicht in der Wissenschaft haben, man betrachtet die Wissenschaft als einen bürgerlichen Beruf.

Ohne Klame ist überhaupt nichts mehr zu erreichen. Wir leben in einer Zeit, wo Fürsten sich mit Zeitungs- oderlegern, mit Warenhändlern, Konfektionshändlern, Friseurgeschäften affizieren, oder ihre Geliebten ins Variété schicken müssen, um berühmt zu werden.

Am schlimmsten aber ist die Konkurrenz. Die Zahl der Könige ist zwar nicht groß, sie übersteigt jedoch schon längst die Nachfrage. Am meisten aber macht ihnen der anlaute Wettbewerb zu schaffen, der aus Amerika kommt. Auch die Könige bekommen am eigenen Leibe die Macht des Kapitals zu spüren.

Der Reichtum und auch die Macht der Könige werden von dem Reichtum und der Macht der Milliardäre überflügelt.

Die Zeiten sind längst verschwunden, da die Könige den Staatschatz als ihre Privatschatulle betrachteten durften. Die Milliarden des Staatsbudgets fliegen an ihnen vorbei, ohne ihnen persönlich Nutzen zu bringen. Die Schlösser, Paläste und der sonstige Prunkstaat der Könige stammen aus der Zeit her, da ihnen Geld und Naturalleistungen schrankenlos zur Verfügung standen. Jetzt muß das alles teuer bezahlt werden. Was da noch von der Ziviliste und den sonstigen Einkünften der Könige, hauptsächlich aus Landbesitz, übrig bleibt, wird auf die Bank von England getragen. — aber wie winzig ist das im Vergleich zu der ungeheuren Kapitalakkumulation der Milliardäre! Die letzteren können schon jetzt, ihrer Laune nachgehend, Geldsummen auswerfen, die für die Könige einfach unerschwinglich sind. Und ihre Ueberlegenheit nimmt tiefenhaft zu von Jahr zu Jahr.

Nun haben ja die Könige ihre herrschende politische Stellung. Allein ihr politischer Einfluß ist mehr noch als durch die Verfassung, durch die Macht des Kapitals eingeschränkt. Gegen die Interessen des Kapitals dürfen sie nichts unternehmen. Wir nähern uns einer Zeit, da die Kartelle und die Banken die Welt kommandieren werden. Unter diesen aber stehen die Milliardäre. Das sind die wirklichen Könige der Welt.

Man bedenke doch den Unterschied: Die Einkünfte der Eisenbahnen in Preußen fließen in die Staatskasse, der König von Preußen hat nichts davon; die Einkünfte der amerikanischen Eisenbahnen dagegen fließen zum größten Teil in die Taschen etlicher Gewaltigen der Börse, die über diese enormen Summen nach eigenem Gutdünken, ohne jegliche Verantwortung verfügen. Sie verpflichten sich außerdem den Staat durch Anleihen. Der Staatschatz, der den Königen entzogen wurde, fällt ihnen zu. Darum sind sie die eigentlichen Herrscher, während die Könige nur noch als oberste Staatsbeamte erscheinen.

Die Könige besitzen kein werdendes Vermögen — deshalb werden sie vom Kapital überflügelt.

Es wäre für sie entschieden vorteilhaft, ihre Zivilisten zu kapitalisieren und sich mit Rothschild und Rodesteller zu einem Konförium zu vereinigen. Es soll ja auch jetzt schon Fürsten geben, die sich ein rentables Kapital in amerikanischen Eisenbahnaktien zugelegt haben. Das sind jene, die sich am besten auf das Geschäft verstehen.

Der Prozeß Pöplau.

Der Prozeß Pöplau dauert nun bereits sieben Tage — und noch ist das Ende nicht abzusehen. Am Freitag, dem siebenten Tag, konnte er nur um einen kleinen Schritt gefördert werden.

Jene vom Angeklagten geladenen Zeugen, die als Beamte von ihren Dienstbehörden die Erlaubnis zur Zeugnisablegung haben müssen, waren sämtlich wieder nicht erschienen.

Sie warten alle miteinander noch auf die Entschliegung ihrer Vorgesetzten, der Reichsanwalt auf die des Kaisers. Erschienen waren dagegen die neu geladenen Zeugen Hofrat Henschel und Geheimsekretär Paul. Herr Henschel mußte freilich einstweilen unvernommen bleiben und entlassen werden, weil auch ihm noch die Genehmigung fehlte. Somit brachte der siebente Tag nicht viel mehr als die Aussage des Herrn Paul.

Vorher wurden vom Angeklagten Pöplau und seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Vertman, noch einige Nachtragsfragen an einzelne der bereits vernommenen Bureaubeamten aus der Kolonialabteilung gerichtet. Der Verteidiger suchte durch Befragung des Hofrats Gagerer festzustellen, daß im Fall Kannenberg von einer Preisgabe geheimer Schriftstücke schon deshalb gar nicht die Rede sein könne, weil ja solche Pensionierungsbefehle mit den Verfügungen usw., die als Unterlagen dienen, später zur Prüfung an den Rechnungshof und schließlich auch an den Reichstag überwiesen werden. Es wurde bekräftigt, daß der Reichstag die Belege, falls sie nicht sogleich mitüberwiesen werden, mindestens einfordern darf. Sodann äußerte sich Hofrat Richalski über das Altkausgabebuch, dessen Herbeischaffung am Donnerstag beschlossen worden war. Es wurde festgestellt, daß Pöplau nach Ausweis des Buches die Altkausgabe schon etwa zwei Monate vorher zu den Akten gekommen war, und daß diese inzwischen noch durch verschiedene andere Hände gegangen waren. Pöplau hat nie bestritten, daß er die Akten gehabt hat und die fraglichen Schriftstücke darin waren. Er betont aber immer wieder, daß er bei der Fülle seiner Arbeiten keine Neigung und vor allem auch gar keine Zeit gehabt habe, aus den Akten Schriftstücke abzuschreiben, die ihn damals noch nicht interessierten konnten. Ob

von anderen Beamten Indiskretionen begangen

worden sind, z. B. vom Hofrat Wohlenberg, sollte durch Befragung Wohlenbergs selber festgestellt werden, doch lehnte dieser die Beantwortung der Frage ab, weil so weit die ihm erteilte Genehmigung nicht reicht. Der Staatsanwalt forderte, daß die Frage mindestens näher substantiiert werde. P. fragte dann, ob W. 1905 aus Personalakten Mitteilungen über eine geheim zu haltende Ordensangelegenheit — einem Hofrat war ein Orden vorenthalten worden, auf den er gerechnet hatte — nach außen hin gemacht habe. Auch die Antwort hierauf wurde abgelehnt. Das Gericht gelangte indes zu dem Beschluß, daß Herr Wohlenberg die so gestellte Frage beantworten müsse. Rummehrer gab W. an, er selber habe jene Angelegenheit nicht aus Akten kennen gelernt, sondern aus mündlichen Mitteilungen eines Beamten, und da habe er dann weiter mit anderen darüber gesprochen. Der Geheimsekretär Paul, der sodann vernommen wurde, sagte aus, Hofrat Räche habe einmal erklärt, es sei

ganz recht, daß Pöplau so gegen den Geheimrat von König vorgehe. Räche habe hinzugefügt, Pöplau würde gegen obere Beamte noch viel mehr Material

gefragt haben, wenn er nicht auch gegen einen Kollegen (Hofrat Tsch) vorgegangen wäre. Herr Räche, dem diese Aussage vorgehalten wurde, erinnerte sich nicht mehr. Weiteres Beweismaterial stand vorläufig nicht zur Verfügung, doch konnte die Beweisnahme noch nicht geschlossen werden, weil abgewartet werden muß, ob den bisher ausgebliebenen Zeugen die Genehmigung erteilt oder verweigert werden wird. Ueberdies stellte P. jetzt noch einen neuen Weisungsantrag, den der Verteidiger bereits am vorhergehenden Tage als nicht mehr nötig bezeichnet hatte. P. forderte Ladung des Kriminalkommissars Walter, der Pöplau im Auftrage des Auswärtigen Amtes hatte überwachen lassen, und Ladung des unbekanntem Kriminalschutzmanns, der ermittelt haben soll, dem Pöplau habe Schneider Material zugezogen. Der Staatsanwalt wendete ein, jene Behauptung gehöre ja gar nicht zur Sache, sie beziehe sich auf eine

Indiskretion zum Fall Buttner.

Der Verteidiger erwiderte, in diesem Prozeß werde soviel mit Vermutungen operiert, daß man es nun dem Angeklagten nicht verübeln dürfe, wenn er doch noch festgestellt zu sehen wünsche, wie eifrig der Prozeß angestrengt worden sei. Tatsache sei, daß man

Pöplau überwacht

habe; bis in seine Wohnung hinein scheine man spioniert zu haben. Die Behauptung, daß Schneider für Pöplau den Materialienzutrag gemacht habe, sei in bestimmtester Form vom Prinzen Hohenlohe aufgestellt worden, der im Auswärtigen Amt die Untersuchung führte. Das Gericht beschloß, den Kriminalkommissar Walter samt jenem Kriminalschutzmann zu laden. Es soll versucht werden, für sie die Genehmigung zu beschaffen, die ihnen den Mund öffnen kann.

Pöplau fragte schließlich noch einmal, wie es denn mit der Genehmigung für seine anderen Zeugen stehe. Vom Vorsitzenden wurde festgestellt, daß noch immer keine Genehmigung eingegangen sei. Der Verteidiger bemerkte, zwar sei

„keine Antwort auch eine Antwort“, aber es werde ja wohl schließlich auch die formelle Antwort einmal eintreffen müssen. Warten wir also weiter auf die lange Reihe der noch fehlenden Zeugen, vom Reichsanwalt bis zum Kriminalschutzmann. Die nächste Sitzung findet Dienstag um 9 Uhr statt.

Aus der Partei.

Die Junge Garde der belgischen Sozialdemokratie. Die sozialistische Junge Garde Belgiens hielt zu Pfingsten in Gent ihren nationalen Kongreß ab. Der Bericht ihres Hauptvorstandes zeugte von einer reichen und fruchtbaren Tätigkeit. Das ausführende Komitee hat, was die inneren Verhältnisse der Organisation anbelangt, hauptsächlich danach getrachtet, die verschiedenen Föderationen der Jungen Garde zusammenzubringen. Eine besonders eifrige Agitation wurde überall im Lande bei der Musterung und bei der Einreibung der Rekruten entfaltet.

Die Zeitschrift „La Jeunesse d'out l'Avenir“ („Die Jugend ist die Zukunft“) zählt 6300 Leser. „De Kaserna“ wurde in 12000 Exemplaren, „De Loteling“ („Der Rekrut“) in 20000 verbreitet.

Von den Föderationen der Jungen Garde ist die wallonische die stärkste; sie zählt in 63 Ortsgruppen 10000 Mitglieder. Die flämische Föderation zählt 27, die brabantische 21 Ortsgruppen. Im ganzen besteht die Junge Garde jetzt aus 121 Ortsgruppen.

Der wichtigste Gegenstand der Beratungen des Kongresses war das antimilitaristische Programm. Es wurde auf Grund von Vorschlägen des Genossen De Man in einer Weise

formuliert, die nach einer scharfen Charakterisierung des Militarismus und der Rolle, die er im Klassenkampf spielt, ausführlich die Grundsätze und Regeln für seine Bekämpfung festlegte. Deutlich wird daraus hervorgehoben, daß der Kampf gegen den Militarismus durch die Arbeiterpartei und die Junge Garde unabhängig von bürgerlichen Parteien geführt werden muß, weil nur das Proletariat ein tiefgehendes Interesse an diesem Kampfe hat, während ja die Bourgeoisie den Militarismus zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft gebraucht. In der Debatte wurde auch über Generalfreiheit und Dienstverweigerung bei Mobilmachung zwecks Verhütung von Kriegen gesprochen, sowie darüber, daß diese Frage auch auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart erörtert werden soll. Der letzte Punkt des antimilitaristischen Programms, der sich auf diese Frage bezieht, erhielt folgende Fassung:

„Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften aller Länder haben sich in jedem Falle einem Kriege zu widersetzen. Die zweckmäßigste Form dieses Widerstandes ist die allgemeine Arbeitsniederlegung und die Weigerung zur Mobilisation.“

Es ist danach notwendig, daß die verschiedenen Organisationen der ganzen Welt diese zu befolgende Taktik studieren, um zu wissen, daß in Zeiten von Konflikten der Widerstand gegen den Krieg in den Konfliktländern beiderseitig besteht.“

Zur Friedenskonferenz im Haag nahm der Kongreß in folgender Resolution Stellung:

„Der Kongreß wünscht, daß die Friedenskonferenz gute Frucht bringen möge, hat jedoch wenig Vertrauen zu den Diplomaten, die dort zusammenkommen sollen. — Der Kongreß ist überzeugt, daß nur die Tätigkeit der Proletarier die Fragen des Friedens und der Abrüstung endgültig lösen kann und daß die Jungen Garde mehr denn je danach streben müssen, in allen Ländern die Bewegung zu stärken, damit überall zugleich der Krieg dem Kriege erklart werden kann.“

Ferner wurden Beschlüsse gefaßt über wissenschaftliche Unterrichtskurse für Mitglieder sowie über Heranziehung der jungen Mädchen zur Jungen Garde.

Zur internationalen Jugendkonferenz sowie zum internationalen Kongreß in Stuttgart beschloß der Kongreß, zwei Delegierte zu entsenden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Klassenjustiz in Frankreich.

Paris, 30. Mai. (Fig. Ver.) Das Geschworenengericht in Pau (Dep. Basses-Pyrénées) hat den Genossen Sarrazat, Redakteur der „Tribune Socialiste“, wegen eines angeblich zum „militärischen Ungehorsam“ aufreizenden Artikels zu sechs Monaten Gefängnis ohne Jubilation des Strafausschusses verurteilt! Die Saison der politischen Prozesse ist damit wiedereröffnet. Am 12. und 13. Juni findet in Nantes die Verhandlung gegen Huvet und Ward von der Arbeitersolidarität statt, dann kommen die Pariser Geschworenen an die Reihe. Herr Guhoit Dessaigue sieht als Justizminister der Republik die kühnsten Kränze verewickelt, die er einst als ehrsüchtiger Staatsanwalt des Kaiserreichs gegest.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung eines Redners wurde Genosse Wittmack von der „Volksstimme“ zu Magdeburg vom Schöffengericht zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Der Magdeburger Reichsanwalt hat auf Widerklage 5 M. Geldstrafe. Ebenfalls auf 150 M. Geldstrafe erkannte daselbst daselbst daselbst daselbst wegen Beleidigung eines Ingenieurs, eines wütenden Konsumvereinsfreiers.

Vertworfen wurde vom Landgericht Guben die Berufung des Genossen Freudenthal von der „Märkischen Volksstimme“ zu Forst gegen ein Urteil des Forster Schöffengerichts, das ihn mit 50 Mark Geldstrafe belegte. Er soll den Verleger des „Niederlausitzer Generalanzeigers“, einen Herrn Langendorf, beleidigt haben. Und zwar durch eine Abonementeinladung der „Märk. Volksstimme“, in der gesagt war, daß die meisten bürgerlichen Blätter des Bezirkes „Stipendiaten“ und „Ausgehaltene“ des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie seien. Herr Langendorf bestritt vor Gericht nicht, daß sein Blatt aus den Korrespondenzen des Reichsländerverbandes gespeist wird, aber die Ausdrücke „Stipendiat“ und „Ausgehaltener“ gefielen ihm nicht, und Schöffengericht und Landgericht traten der Ansicht bei, daß die Worte formell beleidigend seien. Herr Langendorf war, was nicht uninteressant ist, zu konstatieren, in Frankfurt a. M. in den Jahren 1900—1902 Geschäftsführer des dortigen Parteiblattes, der „Volksstimme“, Mitglied des sozialdemokratischen Vereins und des Verbandes deutscher Buchdrucker, bis er die Druderei seiner Schwiegermutter in Kottbus übernahm und wohlbestallter Amtsblattredakteur und Verleger wurde. Jetzt macht dieser Ueberzugstreue in Sozialistenfreierei und Lehrlingsgütereier — zwofst Lehrlinge „lernen“ in seiner Druderei bei drei Gehülften. Der Niederlausitzer Generalanzeiger“ ist der Monitor der konservativen Reichstagsabgeordneten für Kottbus-Spremburg, v. Dieffen. Er bringt natürlich alle Reichsverbandshefte über die Sozialdemokratie, der Herr Langendorf einst selbst angehörte. Man begreift danach, weshalb der Herr jetzt so äußerst empfindlich ist.

Aus der Frauenbewegung.

Hausfrauen! Arbeiterinnen! Genossinnen!

Aus Bekanntmachungen im „Vorwärts“, durch Flugblätter usw. seid Ihr unterrichtet von dem harten Kampf, den die Bäckergefelln gegen die Bäckermeister führen. Genossinnen, die Forderungen der Gefelln sind durchaus gerecht. Was verlangt wird, ist daselbe, was in anderen Gewerben längst eingeführt wurde. Pflicht aller Konsumenten ist es, die kämpfenden Brüder zu unterstützen. Ihr Hausfrauen könnt in erster Linie den streikenden Bäckergefelln beistehen, wenn Ihr den Geschäften, welche nicht bewilligt haben, Eure Kundschaft entzieht. In Bekanntheit weisen wir auf den Bäckerboykott hin, sagt's Euren Nachbarinnen, daß sie die Gefelln unterstützen, wenn sie nur dort Brot und Backwaren entnehmen, wo ein Plakat ausgehängt, welches besagt, daß die Forderungen bewilligt sind.

Ueber die Ursachen des Bäckerstreiks wird am Dienstag, den 4. Juni, abends 8 Uhr in Berlin und den Vororten in 24 öffentlichen Versammlungen Aufklärung gegeben. Pflicht aller Proletarierinnen ist es, diese Versammlungen zu besuchen. Sorgt überall für volle Versammlungen, protestiert durch massenhaften Besuch gegen die Nachtgefelln der Bäckermeister, helft durch Euer Eingreifen den Gefelln ihre Rechte erobern.

Die Vertrauenspersonen Berlins.

Ein Jubiläum. Am Donnerstag feierte unsere bewährte Genossin Ottilie Waader, Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, ihren 60. Geburtstag. Wohl nur wenige von den vielen, denen sie durch ihre agitatorische Tätigkeit seit Jahren nahe stand, ahnten das wirkliche Alter der sich einer seltenen geistigen und körperlichen Frische erfreuenden Jubilarin. Rot und Blage des Proletarierlebens, die unsere verehrte Genossin in reichlichem Maße durchkostet hat, haben nicht vermocht, ihre die Mäßigkeit und Tatkraft zu rauben. Vielen davon war sie seit langem eine Kämpferin für die Ideale unserer Partei, und wir alle hoffen und wünschen sie noch viele Jahre als Leiterin der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands wirken zu sehen.

Die aufrichtige Verehrung, die unsere Genossin genießt, zeigte sich in den von nah und fern eintreffenden Gratulationen. Genossinnen

Seefische - Volksnahrung!

Täglich Zufuhren lebendfrischer, ständig unter Eis gehaltener Seefische in eigenen Kühlwaggons.

Groß-Schellfisch mit Kopf im Anschnitt **30 Pf.**
Cabliau ohne Kopf im Anschnitt **25 Pf.**
Seelachs mit Kopf im Anschnitt **25 Pf.**

Pl. pro Pfd. **23**
20
 im Ganzen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

(Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
 Seefisch-Kochbücher gratis.
 Verkauf-Niederlagen:

Prinzenstr. 30

am Moritz-Platz.
 bei der Lützowstraße.
 Potsdamerstr. 112a Tel.-Amt VI 7190.

Manaistr. 22

im Schloßischen Bahnhof.
 am Stuttgarter Platz.
 Wilmersdorferstr. 111, Tel. Charlottenbg. 6718.

Heute, Sonnabend, den 1. Juni, abends 6 Uhr, eröffnen wir im Hause

85 Große Frankfurter-Straße 85 Marsiliusstraße

eine neue Verkaufsstelle worauf wir ein geehrtes Publikum ganz besonders aufmerksam machen.

Ferner empfohlen aus eigener Marinieranstalt:

Fisch-Kotelettes (gebraten u. mariniert)

8 Ltr.-Dose M. 3,—, 5 Ltr.-Dose M. 2,—,
 2 Ltr.-Dose M. 1,30.

Brat-Schellfische (gebraten u. mariniert)

8 Ltr.-Dose M. 3,10.

Geräucherte Riesen-Lachsheringe

Kiste (55 Stck.) M. 6,—, 2 Stck. 25 Pf.

bei der

Marsiliusstraße

OKTIS

Eine Dame erzählt es der anderen, dass Otkis Corset-Schutzstangen ein guter Artikel ist—Überall wo Otkis getragen werden, geht das Wort Otkis von Mund zu Mund.—Otkis haben das Corset-Tragen in jeder Weise angenehm gemacht.—Sie geben eine gerade Figur und eine graziose Taille.

Sie verdoppeln die Haltbarkeit des Corsets. Sie sind aus rostfreien Zairoid-Einlagen hergestellt & können folgedessen die Wäsche nicht beschmutzen.—Die Bequemlichkeit und Sicherheit, welche sie geben, sind mehr wert als der geringe Preis den die Damen dafür anlegen. Damit Sie vor minderwertigen Nachahmungen geschützt sind, verlangen Sie stets „Otkis.“

Bitte gut zu beachten.

Generalvertreter für Deutschland und die Schweiz **Levinger & Feibel, Frankfurt a. M.**

Komponisten und Verleger

welche der „Genossenschaft Deutscher Tonsetzer“ nicht angehören, finden für ihre Kompositionen durch die Mitglieder der unterzeichneten Verbände weiteste Verbreitung. — Zuschriften sind zu richten an:

1. Deutscher Gastwirtsverband
 Geschäftsstelle: Berlin C., Niederwallstraße 15
2. Bund der Saal- und Konzertlokalinhaber Deutschlands
 Geschäftsstelle: Berlin N., Elsasserstraße 10. 41/6*

Heute, Sonnabend, 1. Juni:
Große Mondscheinahrt
 nach Restaurant „Kyffhäuser“ ab Schillingsbrücke.
 Abfahrt ca. 9 Uhr Abends.
 Im großen Saale: **Sommernachts-Ball.**

21. Ziehung 5. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 1. Mai 1907, vormittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

14 189 [500] 378 [1000] 309 412 44 55 521 685 767
 847 848 1253 425 581 851 2040 129 [500] 318 433 34 25 573
 657 859 811 25 3017 121 426 27 67 516 64 756 893 4148 [500]
 71 74 842 405 11 701 819 [1000] 223 5309 51 [1000] 184 350
 421 610 844 211 8071 321 89 [1000] 519 7089 82 478 813 30
 721 85 88 854 85 817 8017 107 109 308 [1000] 539 701 68
 9191 88 354 425 865 78

10176 227 318 [1000] 582 737 40 370 43 934 85 11130
 87 378 [1000] 628 85 95 886 [1000] 12050 94 500 [5000]
 653 72 811 54 13183 14015 212 306 21 3214 804 49 788
 15198 39 247 418 58 240 89 873 16128 73 84 89 208 367
 72 85 482 376 94 17413 41 515 635 520 13019 90 [1000] 116
 215 [1000] 388 [500] 487 29 48 [1000] 34 500 [500] 693 888
 941 [500] 19113 21 288 354 87 603 707

20145 30 485 325 48 81 848 21083 289 338 70 485 681
 819 954 [1000] 22321 706 58 23001 113 284 435 327 823 84
 895 24107 17 263 882 846 97 25182 261 [500] 335 516 710
 83 810 26086 86 123 383 [5000] 82 318 35 496 563 861 812
 82 988 27347 [500] 807 730 2818 47 [500] 446 52 800
 983 29121 250 89 887 531 82 647 714 13 806 97

30195 128 84 283 85 488 [1000] 748 870 [500] 268
 31041 225 324 431 648 821 [500] 814 32103 508 28 679
 730 33333 238 [5000] 823 282 34381 94 442 [500] 57 82
 [5000] 551 80 785 35814 76 473 871 [500] 30623 234 419 817
 80 87 [1000] 37123 88 [1000] 281 623 78 811 25 85 38033
 302 80 [500] 94 382 50 639 38992 164 231 70 93 253 83
 873 723 848

40198 388 821 [500] 887 817 41221 515 29 632 [1000]
 43 [500] 768 42100 378 534 43117 369 407 829 [1000] 980
 44153 299 367 724 809 877 45080 289 285 225 78 855 94
 717 [500] 88 839 882 46000 84 233 526 68 [500] 906 [1000]
 47245 [1000] 55 375 [1000] 48048 164 65 276 472 87 826
 61 [1000] 49083 832 [500] 316 543 607 [1000] 311 72 94 910

50125 11 504 689 80 748 903 61129 307 469 721 32
 52391 647 788 48 31 [500] 860 53513 24 65 678 832 39
 [5000] 4098 54075 84 105 216 24 [1000] 714 803 909 55107
 323 778 418 25 29 814 932 85 58021 [1000] 407 81 819 34
 57635 105 419 24 93 174 932 85 58021 [1000] 407 81 819 34
 803 [1000] 59148 [500] 286 816 940 93

60110 120 416 582 [500] 74 910 61061 [500] 162 374
 428 83 647 80 723 60 62117 78 879 611 [1000] 756 840 916
 63077 374 367 708 941 26 64519 49 82 821 78 905 [500]
 14 79 65964 145 311 812 925 66290 310 30 411 50 929
 67349 219 373 88 909 742 68288 190 386 486 611 75 83 602
 69304 [1000] 15 78 656 73 [5000] 88 85 804 66 71 88

70124 44 57 58 255 [5000] 77 [500] 446 71040 111
 [10000] 48 454 87 561 86 787 72210 288 490 10 [500] 791
 807 58 928 [5000] 73071 212 74 306 903 810 913 26 74016
 218 80 428 48 508 [1000] 42 66 827 73099 [500] 386 440
 548 84 784 81 857 76133 325 567 811 86 723 335 840 77090
 [1000] 815 99 428 49 769 861 78068 123 [500] 42 412 30
 807 816 29 47 720 78015 178 [500] 235 [500] 503 81 90 794
 820 [1000] 61

80285 110 [1000] 424 513 55 683 804 47 [500] 81450 [1000] 78
 803 41 665 781 [1000] 800 82013 11 523 [500] 65 631 [1000]
 765 73 97 814 83175 [500] 219 [5000] 979 661 872 [500]
 84048 311 308 18 [500] 424 [500] 518 83 823 [500] 738
 807 81 85183 86 86 564 500 735 82 820 82 913 86041 134
 824 84 184 888 [1000] 87027 [5000] 85 139 [500] 78 391
 846 85 495 544 724 38 88119 431 83 548 [5000] 63 93 94
 89101 204 60 [500] 544 4 600 371 863

90121 84 [1000] 382 410 588 854 [1000] 91178 78 312 424 23
 [1000] 865 854 92273 549 258 [5000] 92123 403 69 415 605
 800 89 94008 [500] 45 486 928 93289 [500] 21 406 351 645
 820 84 [500] 96151 491 [500] 516 623 801 309 97305 88
 237 514 98296 302 13 65 80 456 522 767 807 82 [500] 04
 86 [500] 99184 394 414 887 817 [1000] 825

100305 [500] 715 101107 217 234 431 821 102004
 88 [1000] 85 375 495 [500] 773 [5000] 923 103048 304 18
 43 78 88 584 [500] 871 104030 150 78 299 313 437 318
 85 755 [500] 811 105095 134 542 642 [1000] 84 900
 106888 [500] 185 243 51 489 58 842 [1000] 44 85 107039
 804 [1000] 108044 107 258 82 405 305 701 43 100903 78
 283 230 84 678 [500] 966

110280 132 201 35 65 808 60 414 63 81 525 111001
 19 20 121 44 95 487 80 579 732 807 [5000] 911 112189 282
 419 506 782 [5000] 955 113969 104 624 [1000] 755 897 911
 86 114287 745 82 115274 80 283 423 [1000] 91 776 832
 928 116086 87 143 210 408 648 755 811 842 117017 154
 81 [5000] 118419 [500] 540 628 781 [1000] 119017 [1000]
 86 [500] 285 355 [500] 768 875

120062 114 [5000] 238 48 208 4 209 661 80 121001
 78 414 308 841 122015 13 231 405 45 673 861 808 [5000]
 55 123041 86 185 871 785 19 [500] 802 [5000] 124308 836
 284 813 991 125077 254 513 843 701 84 860 985 88 126180
 828 816 [5000] 127081 312 888 [1000] 431 589 78 711
 128191 202 64 91 925 129043 121 820 474 263 983 [5000]
 130281 351 587 131024 173 343 43 322 412 897
 772 819 132587 631 787 897 133299 788 134111 48 70
 302 20 [1000] 96 456 61 518 615 784 135074 136 300
 136066 236 418 [5000] 90 843 872 89 [5000] 99
 137702 [1000] 114 75 92 324 488 [500] 543 825 [1000] 92
 138001 874 138941 78 77 [500] 686 811 927 [500] 139418
 86 211 61 [500] 862 825

140110 411 630 769 833 35 885 [500] 141024 89 167

218 220 142148 215 337 485 783 999 143003 210 14 [1000]

29 370 650 724 901 144024 124 273 331 57 681 [1000] 592
 917 47 [1000] 54 145074 155 75 [500] 208 202 486 542
 611 710 [1000] 146091 254 495 [500] 510 810 49 819
 [500] 961 147000 100 251 783 148073 141 83 206 320
 [1000] 407 584 149007 68 477 563

150107 289 286 504 714 908 26 [500] 151000 8 82
 104 26 80 753 861 88 907 74 82 80 152026 248 847 662
 787 800 153171 [1000] 218 483 549 665 871 154181 454
 522 155199 224 88 286 436 65 [1000] 841 893 861 65
 155199 219 81 315 [500] 33 94 474 551 58 642 [1000] 93
 157021 145 295 310 37 67 515 961 158124 235 [500] 576
 780 851 813 159078 100 728 945 56 64

160115 [500] 204 161078 288 438 [5000] 506 608 78
 25 143 [5000] 844 80 162291 406 667 709 811 924 163043
 183 [500] 374 440 68 [500] 164201 80 90 284 703 165101
 [5000] 48 [500] 248 218 57 413 620 901 64 99 166008 177
 431 48 69 [1000] 819 [500] 30 167085 166 75 229 457
 833 623 896 44 96 168251 539 [500] 532 50 701 [500] 931
 169497 613 833 890 84

170487 130 416 171436 57 822 220 77 172456 48
 278 82 [500] 354 514 603 815 83 [500] 948 173197 506
 76 812 41 505 67 799 816 174055 150 814 361 175000
 804 [5000] 44 176124 302 45 402 305 35 800 811 28 81
 [5000] 177267 715 178011 [500] 773 488 629 844 [1000]
 179151 [1000] 92 98 443 60 724 812

180887 81 184 344 82 998 181060 217 547 182049
 54 76 420 80 507 734 85 809 903 183088 126 [1000] 829
 685 892 906 184221 66 405 643 772 [500] 801 32 [500]
 24 982 185084 48 99 723 186040 56 139 41 403 543
 654 878 910 28 36 187049 171 468 58 [1000] 542 688 81
 888 985 1 188086 367 467 519 706 45 819 [1000] 881
 189288 524 [500] 853 63

190046 94 135 43 221 73 824 84 191088 45 [500]
 205 768 822 192024 71 419 74 596 808 193004 42 [5000]
 232 387 481 [500] 600 804 927 194081 291 450 579 745
 [500] 200 195100 86 583 655 [1000] 85 782 886 196115
 [5000] 218 [500] 821 [5000] 75 197022 184 [500] 310 18
 55 404 79 572 720 910 912 [500] 20 85 92 198059 247
 360 318 48 50 [500] 405 91 982 199131 456 544 705 30

200081 201146 546 470 523 55 501 [500] 913 [1000]
 202027 256 462 24 578 878 750 [1000] 20345 87 777 868
 987 87 204025 28 66 225 881 893 205010 104 19 405 69
 638 84 82 881 206025 111 27 40 208625 207 206 80 535
 770 896 208109 225 65 726 209666 125 448 [500] 615
 [500] 52 681 83 787

210280 185 989 82 731 64 [1000] 845 975 211213 496
 703 35 212010 99 [1000] 173 285 89 879 990 534 743 949
 898 21311 845 214000 273 511 2151215 [1000] 467 87 511
 708 877 216807 415 872 814 647 717 870 833 48 49 217001
 41 52 70 415 39 583 75 787 [1000] 218423 339 85 [1000]
 781 903 25 219269 818 88 [1000]

220190 34 97 412 27 58 914 50 81 87 81 221015
 425 [500] 222187 525 418 617 853 223027 128 48 253 36
 556 254 [500] 534 224001 55 170 294 28 57 82 [500] 3 28
 49 440 78 683 80 [500] 785 801 75 923 225063 214 381
 808 574 226175 432 506 779 [500] 860 227043 152 273
 254 312 782 300 228021 74 [1000] 221 441 222 58 75
 229455 180 229 417 754 834

230084 226 30 315 530 69 898 423 95 231055 [1000]
 205 843 4 [1000] 826 70 862 232187 398 475 638 885
 716 [500] 233041 261 [1000] 515 34 984 355 356 87
 [1000] 234070 [500] 178 242 528 58 901 8 49 235044
 283 88 308 410 814 756 236000 178 433 732 47 237133
 84 238 503 [500] 851 238440 [1000] 61 649 829 27 88
 [500] 239209 29 588 604 26 728 874

240325 478 567 818 241004 134 282 89 279 456
 622 242309 374 84 [500] 507 610 42 [500] 43 [5000] 701
 804 877 243030 115 900 [500] 410 28 579 631 803 244098
 152 246 440 291 245000 [1000] 38 42 683 [500] 623
 880 709 246107 375 413 247017 247 133 248 249041
 47 377 259 821 249003 22 185 93 481 739 809 83 903

250193 120 126 352 73 [1000] 847 649 731 [500] 883
 019 27 251207 77 823 437 821 252 818 61 847 847
 80 623 252 253133 427 829 [500] 821 [500] 81
 897 58 254001 169 81 256 90 553 613 905 255121 87
 437 68 194 47 714 256827 828 257224 42 807 916
 258078 184 42 220 262 30 564 [1000] 846 259189 [5000]
 328 81 404 783

260308 282 451 764 890 907 85 261013 310 782
 877 262021 14 136 292 214 89 402 823 [500]

Aus Industrie und Handel.

Mißverhältnis zwischen Löhnen und Verkaufspreisen.

Die „Fortuna“, Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Zementfabrikation, erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Ueberschuß von 2.027.119 M. gegen 1.807.254 M. im Vorjahre; der Reingewinn erhöhte sich von 771.690 M. auf 1.001.558 M. und die Dividende von 7 auf 9 Prozent. Im Geschäftsbericht wird bemerkt, daß der Abfall hauptsächlich infolge Arbeitermangel und verschiedener Betriebsstörungen, die durch Neubauten, welche der Vergrößerung der Leistungsfähigkeit der Zementfabrik dienen, beeinträchtigt worden sei. Unter Verichtigung dieser Umstände muß das finanzielle Ergebnis doch als sehr günstig bezeichnet werden. Die Verwaltung ist aber anderer Ansicht. Sie sagt u. a.:

„Durch die vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften erfuhren die Löhne eine sehr starke Erhöhung. Bei den für das ganze Geschäftsjahr getätigten Abschüssen in Zementfabrik war eine Preis-erhöhung ausgelassen, so daß sich besonders in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres ein Mißverhältnis zwischen Löhnen und Verkaufspreisen ergab.“

Stellt man dieser Auslassung die obigen Angaben gegenüber, dann kann man sich ein Urteil über das Vergehen von den übermäßig gestiegenen Löhnen bilden.

Viktoria, Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin. Die am 29. Mai d. J. abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre genehmigte die Verteilung des in dem Geschäftsjahre 1906 erzielten Ueberschusses von 2.186.482,27 M. (gegenüber 2.594.020,00 M. im Vorjahre) wie folgt: Die Aktionäre erhalten eine bare Dividende von 816.— M. pro Aktie = 52 1/2 Prozent und die mit Gewinnanteil Versicherten zusammen 24.868.296,20 M.

Ueber die sonstigen finanziellen und geschäftlichen Ergebnisse der Viktoria entnehmen wir dem Geschäftsbericht der Gesellschaft noch folgende Einzelheiten: Die Gesamtzahl der in allen Abteilungen eingereichten Versicherungsanträge betrug 557.890, das sind pro Arbeitstag über 1800. Die Gesamtsumme an Prämien und Zinsen betrug 128.777.086 M. und zeigt gegen das Vorjahr eine Vermehrung von 10.067.688 M. In der Unfall- und Haftpflichtversicherungsbranche betrug die Prämienentnahme 12.889.278 M. Die Gesamtentnahme aus allen Abteilungen betrug 588.416.437 M. und die gesamten Aktiva erreichten die Höhe von 606.845.507 M. Der Hypothekbestand hob sich um 54.772.500 M. auf 521.168.810 M. In der Lebensversicherungsabteilung belief sich der Gesamtversicherungsbestand Ende 1906 auf 8.076.248 Polizien über eine Milliarde und 395.089.687 M. Versicherungssumme und eine versicherte Jahresrente von 914.767 M. Die Vermehrung des Lebensversicherungsbestandes gegen das Vorjahr 1905, der reine Zuwachs, betrug 179.072 Polizien über 108.933.758 M. Versicherungssumme. Das ist der höchste Zuwachs, der bisher je in Deutschland erzielt ist. Diese Summen umfassen auch das Ergebnis der Volksversicherung. Der Zuwachs in der größeren Lebensversicherung allein betrug 65,5 Millionen Mark. Die Ergebnisse der Sterblichkeit in der Lebensversicherungsabteilung waren, wie in den Vorjahren, sehr günstig. Aus der Kindersterblichkeit erwuchs ein Gewinn von 3.691.134 M. Zugunsten der mit Gewinnbeteiligung bei der Viktoria Versicherten sind als Dividendenfonds Ende 1906 einschließlich der aus dem Jahresüberschuß entnommenen Zuweisungen 115.080.287,55 M. zurückgestellt und zwar für die Todesfallversicherungen (inkl. Kriegsversicherungs-Rückverfunds) 41.287.546,00 M., die Lebensfallversicherungen mit Gewinnanteil 1.680.291,02 M., die Volksversicherungen 68.250.348,30 M., die Unfallversicherungen 3.832.101,63 M.

Wie wir aus dem Geschäftsbericht weiter entnehmen, stellen sich die Verwaltungskosten auf 19.027.236,91 M., das sind 15 1/2 Prozent der Gesamtentnahmen. Außerdem haben die Versicherten noch die Dividende für die Aktionäre aufzubringen. Bei den Arbeiterorganisationen ist trotz der vielfach größeren Arbeit und trotz des größeren Umfangs der Versicherten die Verwaltung ganz erheblich niedriger.

Rohstoffversorgung im Textilgewerbe. Jeder neue Monat im laufenden Jahre bringt eine weitere erhebliche Zunahme der Rohstoffversorgung im Textilgewerbe; auch im April hat sie wieder die vorjährige um ein Bedeutendes überholt. Bei sämtlichen Textilrohstoffen betrug nämlich die Mehreinfuhr während des Monats April 890.324 Doppelzentner gegen 697.749 Doppelzentner im April 1906. Um 182 Doppelzentner oder 26 Proz. ist die Rohstoffversorgung also gewachsen. Von den verschiedenen Rohstoffarten hat wie schon in den Vormonaten Baumwolle den größten Anteil an der Steigerung, während bei Wolle ein Rückgang gegenüber 1906 eingetreten ist. Die übrigen Textilrohstoffe nahmen dagegen an der Steigerung gleichfalls teil; so stark aber wie bei Baumwolle war die Zunahme bei ihnen nicht. Die Mehreinfuhr von Rohbaumwolle betrug im April der letzten drei Jahre 325.621, resp. 281.121, resp. 404.861 Doppelzentner. Nicht allein in den beiden vorangegangenen Jahren, sondern auch bis zum Jahre 1899 zurück hat kein April eine so hohe Versorgungsziffer gebracht wie der diesjährige.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen hält in Düsseldorf seine 36. Hauptversammlung ab. Abg. Deumer hielt einen Vortrag über das Wirtschaftsjahr 1906/07 und begründete namens des Ausschusses folgenden Beschlus Antrag: „Der Verein ist der Ueberzeugung, daß die Abmesung der für den Rhein-Herne- bezw. Rhein-Dortmundkanal geplanten Schleusen auf 10 Meter Sichtweite eine zu geringe ist und die mit Sicherheit zu erwartende Verkehrssteigerung bald einen mit großen Kosten verbundenen Umbau des genannten Kanals erforderlich machen würde. An die Staatsregierung richtet daher der Verein das dringende Ersuchen, im Interesse des Verkehrs und einer wirksamen Entlastung der Eisenbahnen die Schleusen des Rhein-Herne- bezw. Rhein-Dortmundkanals auf mindestens zwölf Meter Sichtweite abzumessen zu wollen.“ Der Beschlus Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Löhne im Papiergewerbe machten nach den Nachweisungen der Vergütungsgenossenschaften im Jahre 1906 rund 65,50 Millionen Mark aus gegen 60,98 im Jahre 1905. Diese Summe entfiel 1906 auf 82.336 Vollarbeiter, im Jahre 1905 auf 80.117. Auf einen Arbeiter kamen daher im Jahre 1906 durchschnittlich 797,21 M. Lohn gegen 753,81 M. im Jahre 1905. Wie sich 1906 die Zahl der Betriebsarbeiter und Löhne in den einzelnen Zweigen des Papiergewerbes stellten, erhellt aus nachstehender Uebersicht:

Zahl der Betriebe	Gewerbe-zweig	Voll-arbeiter	Lohnsumme in 1000 M.
6	Lumpenfortrieranstalten	492	277,18
20	Strohstofffabriken	1.212	1.197,82
457	Papierfabriken	47.128	37.828,55
435	Pappenfabriken	8.714	6.907,00
502	Holzschleifereien	9.279	6.889,85
62	Zellulosefabriken	12.889	11.783,83
294	Nebenbetriebe	8.823	2.414,24

Die Entfaltung des Großbetriebes im Papiergewerbe geht daraus hervor, daß die Lohnsummen von 27,87 Millionen Mark im Jahre 1887 auf 65,50 im vergangenen Jahre gestiegen sind, während die Zahl der Betriebe sich nur von 1245 auf 1253 erhöhte.

Internationaler Baumwollkongress. Am letzten Tage der Verhandlungen referierte Giovanni Rippele-Italien über den Transport von Baumwolle. Es wurde allgemein die Forderung aufgestellt, daß die amerikanischen Verkäufer verpflichtet werden, mit den Konsumenten Frachtbriefe abzuschließen, welche die vollkommene Ga-

rantie der pünktlichen Lieferzeit und der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen sichern. Der Kaiserliche Rat Vosch führte aus, es könne aus Belegen nachgewiesen werden, daß angeblich im November aufgegebenen Baumwolle vier bis fünf Monate lang nicht an den Adressaten gelangt ist. Es komme auch vor, daß mit der Verfrachtung ganz andere Schiffahrtsgesellschaften betraut sind, als die im Frachtbriefe angegebenen. So haben sich ganz ungesunde Verhältnisse im Baumwolltransporte entwickelt, die entschieden beseitigt werden müssen. Dem Spinner entstehen durch das bisherige unzureichende Verfahren bedeutende Verluste, und es sei daher notwendig, daß auch der Kongress gegen diese Unzulänglichkeiten Stellung nehme und eine Reform hinsichtlich der von den Schiffahrtsgesellschaften ausgestellten Frachtbriefe (Baumwollkonossements) herbeiführt werde. Seitens eines Redners wurde betont, daß gegen die Schiffahrtsgesellschaften, welche derartige unzureichende Verhältnisse unterhalten, mit dem Bontott vorgegangen werden soll, doch wurde dieses Mittel als ungeeignet bezeichnet. Kommerzienrat Kusler hob hervor, daß durch das jetzige System geradezu der Betrag unterschätzt werde. Er plädierte den Forderungen nach Herbeiführung von Reformen bei, damit auch der Wunsch, den die Amerikaner geäußert, daß die Spinner direkt mit ihnen in Verbindung zu treten haben, in Erfüllung gehen könne.

Soziales.

Streifende Kinder in der Landwirtschaft.

Daß wegen unzureichender Lohnzahlung Schulkinder in einen Streik treten, ist leider eine seltene Erscheinung. In Menz, einem Dorfe unweit Magdeburg, hat sich ein solcher Fall ereignet. Von dem dortigen Gutsbesitzer Fride waren am Dienstag dieser Woche 20 Schulkinder aus dem benachbarten Drie Wiederitz zum Rübenverziehen angenommen worden. Die Knaben hatten etwa eine halbe Stunde gearbeitet, als sie einen unter sich zu dem Gutsbesitzer fanden, um zu erfragen, wie viel Lohn er zahle. 30 Pfennige für den halben Tag — war die Antwort. Das genügte den Kindern nicht, sie legten sofort die Arbeit nieder und entfernten sich. Am nächsten Tages begaben sie sich zum Rittergut Königsborn, um dort die gleiche Arbeit zu verrichten. Sie hatten darauf hingewiesen, daß sie bei 30 Pf. Lohn in Menz ihre Tätigkeit eingestellt hätten, worauf ihnen in Königsborn 50 Pfennig zugestanden worden waren. Das ist natürlich auch nur eine geringfügige Entlohnung. Aber sie ist immerhin um 66 2/3 Proz. besser als der niedrige Lohn von 30 Pf. Das Wort Solidarität haben diese kindlichen Arbeiter besser begriffen als — leider — mancher erwachsene Arbeiter.

Abgebligte Plakatpladerei gegen eine Konsumgenossenschaft.

Der Lagerhalter Daziger von der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend sollte durch Ausstellung bzw. Anheftung eines Plakats in der von ihm geleiteten Verkaufsstelle des genannten Vereins die §§ 10 und 41 des alten preussischen Preßgesetzes übertreten haben. Das Plakat enthielt die Mitteilung, es würden hier die gerichtlichen Formulare zum Austritt aus der Landeskirche unentgeltlich abgegeben. Nach § 10 des preussischen Preßgesetzes in der Fassung, die er durch den § 80 Abs. 2 des Reichs-Preßgesetzes erhalten hat, darf niemand auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten ohne polizeiliche Erlaubnis Bekanntmachungen, Plakate und Kurse anzuhängen, aufstellen, ausstellen, sowie unentgeltlich verteilen. Eine Erlaubnis war hier natürlich nicht eingeholt worden. Da das Plakat so angebracht war, daß es von der Straße nicht gesehen werden konnte, so kam es bei der Entscheidung wesentlich mit darauf an, ob der Verkaufsort einer Konsumgenossenschaft an sich als „öffentlicher Ort“ angesehen werden könne oder nicht. Das Landgericht I bejahte im ersten Rechtszuge dies prinzipiell und sprach deshalb frei. Dann hob das Kammergericht dies Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Das Kammergericht meinte, es wären auch Wirtschaftsgenossenschaften denkbar, die wegen ihrer Größe und ihrer Organisation keinen geschlossenen Personenkreis darstellen und nicht als geschlossene Gesellschaft gelten könnten, was unter Umständen den Verkehr in ihren Verkaufsstellen als öffentlichen erscheinen lassen könne.

Das Landgericht erkannte demnach aber wieder auf Freisprechung und führte aus: Die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend verfolge den Zweck der Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder. Jeder Genosse müsse einen Geschäftsanteil in Höhe von 30 M. erwerben und habe bis zu 30 M. Die Aufbewahrung und der Verkauf der Waren erfolge in verschiedenen Filialen, von denen der Angeklagte die in der Gartenstraße verwaltete. Der Kundenkreis dieser Verkaufsstelle bestehe aus etwa 100 Genossenschaftsmitgliedern. Täglich verkehren 15 bis 20 dieser Kunden (die Genossen oder ihre Angehörigen) in dem Laden. Nichtmitgliedern sei der Zutritt verboten. Es sei gerechtfertigt, anzunehmen, daß es sich bei dem Plakat um eine nicht öffentliche Ankündigung handelte. Die Genossenschaft zähle allerdings im ganzen 4600 Mitglieder, und prinzipiell wäre es auch nicht ausgeschlossen, daß ein größerer Teil von ihnen in der Verkaufsstelle in der Gartenstraße Zutritt erhalte. Tatsächlich aber werde die Verkaufsstelle nur von den in der Gegend wohnenden Mitgliedern benutzt. Der Kundenkreis von 100 Mitgliedern sei also ein räumlich begrenzter und der Zusammenschluß in diesem Kreise sei ein ziemlich enger; jedenfalls ein engerer, als in den zahlreichen Vergnügungsvereinen, die als geschlossene angesehen würden. Auch sei der Verkehr in dem Verkaufssaal als abgeschlossener anzusehen. Das wirtschaftliche Band der Hebung der Lage der Mitglieder müsse auch die Ehefrau, die Kinder und die Dienstmoten mit berühren. Wenn diese ebenfalls den Raum beträten, dann könne ihm das also auch nicht öffentlichen Charakter verleihen. Die Öffentlichkeit des Raumes müsse demnach verneint werden. Damit falle die Anklage.

Die Staatsanwaltschaft legte wieder Revision ein. Das Kammergericht verworf aber diesmal die staatsanwaltschaftliche Revision als unbegründet und führte kurz aus, daß das Landgericht jetzt ohne Rechtsirrtum die Öffentlichkeit verneint habe.

Ist die Staatsanwaltschaft derselben irrigen, bislang lediglichen Arbeitern gegenüber angewandten Ansicht wie das Kammergericht, daß ein geschlossener Verein durch seine Größe den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft oder eines Vereins verlieren könne, so ist nicht erfindlich, weshalb sie bislang noch nicht gegen die großen wirtschaftlichen Vereinigungen von Offizieren, Beamten, Flottenphantasten und Bauernführern die strafrechtlichen Konsequenzen aus ihrem Rechtsirrtum gezogen hat. Es ist dringend erforderlich, derartigen Erweisen juristischer falscher Begriffsformulierung ausdrücklich durch Reichsgesetz entgegenzutreten. Nächst ein Rechtsab: „Ein Verein bleibt ein Verein, auch wenn er groß ist“, auch selbst, so ist dieser kasuistische Weg zur Verhinderung von Belästigungen strafreicher Taten durch Gerichte und Anklagebehörden doch dringend geboten. Wo müßig erlöschende Rechtsfälle durch Organe ausgelegt werden, deren politische Anschauung der Strömung feind ist, die zur Festlegung von Rechtsfällen durch das Gesetz geführt haben, ist eben der Weg der Konjunktiv unvermeidlich.

Ein Musterlehrer.

Der Lehrer Ullig aus Käterhagen bei Wöhrow in Mecklenburg stand am Dienstag vor dem Schöffengericht in Wöhrow unter der Anklage, den Knaben Kagemöhl, der von dem Landarbeiterhause dem Händler Haase in Käterhagen in Pflege gegeben ist, am 20. November v. J. mit einem Hammer hinten auf den Kopf geschlagen zu haben, so daß eine tiefe Wunde entstanden sei und ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Den Anlaß dazu hatte der Umstand gegeben, daß die Kinder nach Ansicht des Lehrers nicht schnell genug aus dem Hofe in den Schulraum traten. Der Angeklagte gebrauchte die Ausrede, er habe den Hammer „nur“ in den Rücken gelegt und etwas nachgeschoben. Dabei habe der Knabe sich mit dem Kopf gewendet und sei gegen den Hammer gerannt. Diese Ausrede wurde in der Weisaufnahme als solche gekennzeichnet. Der Pflegevater des verletzten Knaben bezeugte noch über mehrere Mißhandlungen durch den angeklagten Jugendzieher. Einmal sei dem Knaben der Unterleib einen halben Finger lang aufgerissen gewesen, so daß sie besorgt hätten, die Verletzung könne tödlich verlaufen. Auf Befragen des Knaben, wie er dazu gekommen sei, habe er gesagt, der Lehrer habe ihn über die scharfe Kante der Schulbank gerissen, dadurch sei die Wunde entstanden! Ein Erbpächter, der als Zeuge vernommen wurde, sagte aus, er habe seinem Jungen den Rücken nachgesehen, dieser habe schwarz und blau ausgebehen. Seine Tochter habe vor 1 1/2 Jahren ein Ohrenleiden gehabt, die Kinder hätten zu ihm gesagt, der Lehrer habe die Kleine mit dem Kopfe auf den Schultisch gesteckt. Es wurden noch einige Mütter vernommen, welche ebenfalls Mißhandlungen des Lehrers bezeugten, die von dem Lehrer an ihren Kindern verübt worden seien. So wurde bezeugt, daß vielfach den Kindern das Genid durchgekniffen und gekratzt sei. Der Staatsanwalt betonte, nach dem Attest des Arztes sei die Wunde geschlagen, könne auch durch ein scharfes Gegenstand entstanden sein, letzteres sei aber bei dieser Geschichte gänzlich ausgeschlossen. Der Lehrer habe einfach zugeschlagen, er sei schon so oft verwundet worden, er hätte sich also mahnen können. Er beantragte — sechsrig Mark Geldstrafe. Das Gericht erlaubte — auf vierzig Mark Geldstrafe.

Das Vorkommen derartiger entsetzlicher Rohheiten und die außerordentlich milde Bestrafung des Mannes, der entweder ins Irrenhaus oder auf lange Zeit ins Justizhaus oder in das Gefängnis, aber nicht in die Schule als Lehrer gehört, zeigen, daß das System der Mißhandlung der Arbeiterkinder in das herrschende System hineinpaßt. Ein Lehrer, der durch Schläge erzählen will, ist zur Erziehung unfähig. Ein Lehrer, der mißhandelt, um zu mißhandeln, gehört ins Justizhaus, weil er sein Amt zur Mißhandlung wechset ihm Anvertrauter mißbraucht. Aber es wäre unbillig, für das Präzedenzsystem allein den Lehrer verantwortlich zu machen. Die jämmerliche Besoldung, die niedere Stellung, die ihm die Verwaltung zukommen läßt, nicht minder die ungenügende Vorbildung sowie das Vorbild feiger Mißhandlungen auf Gutsböfen und in Kasernen tragen eine größere Schuld als der einzelne Lehrer. Gerade die niedrige, menschenunwürdige Entlohnung der Volksschullehrer zeigt, daß die herrschende Klasse brutal genug ist, die Schule nicht zur Entwicklung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Kinder des Volkes anzuwenden, sondern dazu zu mißbrauchen, daß an Geist gebrochene, willige menschliche Arbeitsmaschinen der herrschenden Klasse herangezogen werden. Den Kampf gegen dies Kinderverwilsten, ihre geistigen Fähigkeiten unterdrückende System führt leider allein die Sozialdemokratie. Schaut es etwa in Preußen besser als in Mecklenburg aus? Kinet nicht das preussische Volksschulgesetz denselben Geist der Kulturwidrigkeit? Ist nicht in zahllosen Fällen das Oberverwaltungsgericht selbst der solche felsenbrutalitäten gegen Kinder mit der strafenden preussischen Justiz auf Grund des Kompetenzkonflikts in den Arm gefallen? Hat das preussische Kultusministerium nicht die Schließung von Kindergärten verfügt, die der geistigen und körperlichen Pflege von Kindern dienen? Hat der preussische Kultusminister, haben preussische Verwaltungsbehörden sich nicht gegen „zu hohe“ Besoldung von Volksschullehrern gewendet?

Agrarische und mittelständische Uebereinstimmung.

Erhöhten Schutz für minderjährige Arbeiterinnen fordern fast gleichzeitig die hannoversche Landwirtschaftskammer und der zwölftste Gastwirtstag des Nordwestdeutschen Wirteverbandes. Ersterer beschloß auf ihrer jüngsten Sitzung, dahin vorstellig zu werden, daß weibliche Personen unter einem Alter von 18 Jahren in der Gesundheitsschädlichen Fabrikbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen, letzterer forderte auf seiner Tagung am Dienstag in Minden ein gesetzliches Verbot der Beschäftigung junger Mädchen unter achtzehn Jahren in Fabriken oder ähnlichen Betrieben. Die Gastwirte sind also den Agrariern in bezug auf Arbeiterinnenschutz noch um mehr als Rasenlänge voraus. — Woher nun dieser plötzliche arbeitnerinnenfreundliche Reformeifer, diese Besorgnis um die Gesundheit junger Mädchen und noch dazu in Kreisen, die bislang gegen das Eingreifen des Staates in das wirtschaftliche Betriebe mit Händen und Füßen sich sträubten? In beiden Fällen war die zum Beschluß erhabene Forderung das Ergebnis einer Besprechung — über die „Leutenot“. Hier wie dort beginnt es nämlich an den billigen und willigen weiblichen Arbeitskräften zu mangeln. Anstatt nun aber bei sich selber Einkehr zu halten und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die den jungen Mädchen den „Dienst“ bei den Land- bzw. Gastwirten begehrenswerter erscheinen lassen als die Schusterrei in den Fabriken, wollen diese sonderbaren Arbeiterinnenfreunde durch ein gesetzliches Verbot der Fabrikarbeit die jungen Mädchen in das Sklavenerhältnis des Gefinbienstes zwingen. Das Wohl-ergeben, die Gesundheit junger Arbeiterinnen kümmert die Gastwirte und die Agrarier den Teufel, wenn sie nur billige Gefinbesseln in genügender Anzahl bekommen. Jedermann weiß, wach unverschämte hohe Anforderungen in jenen Kreisen in der Regel an die jugendlichen weiblichen Arbeitskräfte gestellt werden, wie brutal, wegwerfend ihre Behandlung und wie erbärmlich ihre Vergütung ist. Daher die „Leutenot“. Sie ist das notwendige Produkt der Not der Leute. Gewähre man den jungen Mädchen eine geregelte, nicht überlange Arbeitszeit, behandle man sie wie gleichberechtigte Menschen und zahle man ihnen einen anständigen Lohn — und die „Leutenot“ wird der Vergangenheit angehören. Mit Zwangsmitteln erreicht man gar nichts.

Zum Gefinbesseln.

Vor dem Schöffengericht in Wöhrow in Mecklenburg wurden am Dienstag, wie wir unserem Moskauer Bruderorgan entnehmen, einige Fälle verhandelt, die von der Rechtslosigkeit der ländlichen Arbeiter in Mecklenburg berechnetes Zeugnis ablegen. Angeklagt war im ersten Fall der Tagelöhner Renbach aus Selow wegen „Dienstvergehens“. Der Angeklagte wohnte mit seiner Frau zu Kurzen-Trechow. Er erklärte, er habe 1 Mark 20 Pfennige pro Tag verdient, er habe alles kaufen müssen, er hätte zweifellos noch mit seiner Frau und den vier Kindern verhungern und erfrieren müssen. Er sei deshalb zu R. von Plessen gegangen und habe ihm gebeten, er möchte ihm doch den Entlassungs-schein geben. Dieser habe ihn jedoch fortgejagt. Er sei abermals zu R. v. Plessen gegangen und gebeten, er möchte ihn den Schein geben. R. v. Plessen habe ihn gepackt und dreimal

gegen die Wand gestossen. Dann sei er mit seiner Frau und Kindern nach Selow gegangen zu dem Erbpächter Ellenberg. Der habe sich seiner erbarmt, er habe ihm Wohnung und Feuerung, Essen und Trinken gegeben. Der Amtsanwalt wollte die Strafverfügung von 10 M. ansprechen lassen. Das Gericht erkannte auf 3 M. Geldstrafe. Es wurde dann verhandelt gegen den Erbpächter Ellenberg aus Selow wegen Verletzung der Dienstverordnung. Diese sollte darin liegen, daß er aus Milderkeit den Reubach ohne Entlassungsschein in Arbeit genommen hatte. Er erhielt eine Strafverfügung von 15 M., weil er die Familie Reubach ohne Entlassungsschein in seinem Hause aufgenommen habe. Der Angeklagte richtete sich mit scharfen Worten gegen den schlechten Verdienst, den der Arbeiter zu kurzen Trechow verdient habe. Mit 1 M. 20 Pf. könne die Familie nicht auskommen. Die Frau habe außerdem gemolken und dafür habe M. v. Plessen pro Tag 14 Pf. bezahlt. So was sei ihm noch nicht vorgekommen! Die Familie sei verhungert und erfroren bei ihm angekommen! Den Kindern seien die Beine erfroren gewesen, seine Frau hätte die arme Familie erst wieder füttert. Abweisen habe er die Familie als Mensch nicht können. Der Amtsanwalt stellte die Bestrafung in das Gemisste des Gerichts. Das Gericht erkannte auf eine 3 M. Geldstrafe gegen den mildtätigen Erbpächter. Und gegenüber solchen himmelstreichenden Zuständen reden die Agrarier — v. Hilow an der Spitze — von dem Balken der Gerechtigkeit und „christlichen Nächstenliebe“ in Deutschland! Die empörenden Zustände insbesondere auf dem Lande in Deutschland sind eine nationale Schande, die zur Empörung gegen ihre Urheber treiben müssen.

Gerichts-Zeitung.

Klassenjustiz.

Nach Ausbruch des Bauarbeiterstreiks in Chemnitz bemerkte der Bauarbeiter Wenzel Freitschner aus Wöhmen, der sich gleich seinen Landsleuten dem Streik angeschlossen hatte, einen Arbeitswilligen, der auf einem Neubau arbeitete. Ueber das unsozialistische Verhalten des Arbeitswilligen aufgeregt, soll er diesen „Streikbrecher“ und „schwarzes Luder“ genannt haben. Auf Veranlassung dieses „nützlichen Elements“ wurde F. verhaftet und als Ausländer in Untersuchungshaft genommen. Am Donnerstag wurde ihm vom Schöffengericht in Chemnitz der Prozeß gemacht. F. bestritt entschieden, die Schimpfworte gebraucht zu haben; er habe den Arbeitswilligen nur auf sein unsozialistisches Verhalten aufmerksam gemacht. Dieser beschwor als Zeuge, daß F. die Schimpfworte ihm gegenüber gebraucht habe. Der Vertreter der Anklage gab selbst zu, daß das Vergehen Freitschners ein gelindes sei; er beantragte aber „mit Rücksicht auf die neuerdings vorgekommenen Ausschreitungen“ eine empfindliche Strafe. Das Gericht folgte den Ausführungen und erkannte wegen der Lappalie auf 14 Tage Gefängnis

und rechnete dem noch völlig unbefehlten F. nichts von der Untersuchungshaft an.

Kürzlich hatte selbst das „Hamburger Fremdenblatt“, ein durchaus bürgerliche Interessen vertretendes Blatt zugegeben, man könne die Behauptung, auf strafrechtlichem Gebiet werde Klassenjustiz geübt, verneinen, wenn die Höhe der Strafen nicht nach der Straftat, sondern bemessen werde, „um Exempel zu statuieren“. In der Tat widerspricht nichts so sehr dem Wesen des Rechts und einer gerechten Rechtsprechung, als nicht lediglich allein nach Maßgabe der begangenen Tat eine Aburteilung erfolgt, sondern eine schwere Strafe, als der Tat an sich entspricht, ausgemessen wird, um damit bei der Allgemeinheit einen besonderen Eindruck hervorzurufen, um so einen den Aufgaben einer gerechten Justiz und der Aburteilung der Straftat völlig fremden Zweck zu erreichen. Gerade wird durch solche Urteile in der Tat ein völlig anderer als der vom Gericht gewünschte Zweck. Es wird durch diese Art der unbewußten Mißhandlung des Rechts durch die zeitigen Rechtsorgane deren Untauglichkeit für eine gerechte Rechtsprechung und der Klassenjustizcharakter der deutschen Justiz auf das evidenteste erwiesen. Diese Erkenntnis des Charakters unserer Justiz ist geeignet, den etwa noch vorhandenen Rest des Vertrauens zur Rechtspflege in Arbeiterkreisen völlig zu beseitigen. Diese soziale Klassenjustiz untergräbt nicht nur die Rechtspflege selbst, sie untergräbt und unterwühlt auch auf das eminenteste die Macht des Staats und mißt sie durch noch so viel Boykotte gefestigt erscheinen. Ein Vaterland, das nicht einmal Recht in der Lage ist, dem Arbeiter Gerechtigkeit in den Grenzen der bestehenden Gesetze durch seine Organe zu gewähren, bringt dadurch dem Ausland die Ueberzeugung von der inneren Machtlosigkeit Deutschlands so einbringlich wie möglich bei. Und diese Ueberzeugung vermögen noch so schöne Frühstüde und Abendbrote, die man einigen hungerigen ausländischen Redakteuren oder Berichterstattern vorsetzt, nicht zu tilgen.

Verstorbener Mord?

Am 17. Mai berichteten wir über die Tage zuvor gegen die 19jährige Fabrikarbeiterin Emma Holzmann vor der hiesigen Strafkammer verhandelte Strafsache wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs und Diebstahls unter Mitführung einer Waffe. Die Strafkammer verwies die Sache vor das Schwurgericht, weil der Verdacht des versuchten Totschlages vorlag. Gestern gelangte die Sache zur Aburteilung vor dem Schwurgericht. Die Verhandlung ergab daselbst Bild von der Tat wie die Verhandlung vom 16. Mai. Die Angeklagte arbeitete zuletzt bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Hier wurde sie mit einer Arbeiterin Geilich befreundet, deren 17jährige Mutter in der Hustenstube wohnte. Durch die Arbeiterin wurde ihr eines Tages mitgeteilt, daß die alte Frau einen größeren Geldbetrag besitzt, den sie in der Wohnung aufbewahrt. Als ihr die G. außerdem harmlos erzählte, ihre alte Mutter sei sehr schwach und könne kaum das Bett verlassen, reiste in der Angeklagten ein ähnelnd verbrochenes Verbrechen. Am 4. Dezember v. J. blieb sie ohne Grund von ihrer Arbeit weg. An dem

selben Tage vormittags hingelte es an der Wohnungstür der alten Frau Geilich in der Hustenstube. Die Geilich, welche eben erst aufgestanden war, öffnete und sah sich einem jungen Mädchen gegenüber, welches sich als „Bertha Henschel“ vorstellte und als Arbeitskollegin der Tochter der alten Frau ausgab. Frau G. ließ die Besucherin ahnungslos in ihre Wohnung und fragte nach ihrem Anliegen. Das Mädchen erzählte, sie habe ihre Stellung verloren und wolle nur Fräulein Geilich bitten, bei dem Meister ein gutes Wort für sie einzulegen, damit sie wieder angenommen werde. Frau G. versprach dies ihrer Tochter bestellen zu wollen. Trotzdem hielt sich die angebliche Bertha Henschel unter allerlei Ausflüchten noch länger in der Wohnung auf. Als die alte Frau ihrem Besuch den Rücken drehte, um nach der Küche zu gehen, holte das junge Mädchen plötzlich einen in Papier eingewickelten Nittbolzen hervor, den sie hinter ihrem Umschlagstuhl verborgen gehalten hatte und verfehlte der Geilich von hinten drei wuchtige Schläge auf den Kopf. Frau G. hörte noch, wie die unheimliche Besucherin sagte: „So, die hat genug!“ dann schwand ihr das Bewußtsein. Als sie wieder aus der Betäubung erwachte, war die Täterin verschwunden und zugleich auch ein Portemonnaie mit 5 M. Inhalt, welches auf dem Tisch gelegen hatte. Auf die Anzeige der Ueberrassenen wurde schon am nächsten Tage die Täterin in der Person der jetzigen Angeklagten Holzmann ermittelt. In dem Untersuchungsgefängnis spielte die Angeklagte mit großem Geschick die „Gerrichte“, so daß sie zur Beobachtung ihres Gesundheitszustandes der königlichen Charité überwiesen wurde. In der gestrigen Verhandlung, in der die Angeklagte ein offenes Geständnis ablegte, gab ein Medizinalrat Dr. Hoffmann und Privatdozent Dr. Lewandowski ihr Gutachten dahin ab, daß die Angeklagte geistig minderwertig sei. Es sei bei der Angeklagten eine ziemlich erhebliche erbliche Belastung vorhanden, eine Schwester sei an einer schweren Gehirnkrankheit verstorben, der Vater zeige alle Anzeichen einer epileptischen Erkrankung. Die Angeklagte selbst habe jedoch während der Beobachtung verschiedene grobe Unwahrheiten gesagt, in der Absicht, ihren Zustand schlimmer darzustellen, als er in Wirklichkeit ist. Beide Sachverständigen waren übereinstimmend der Meinung, daß der § 51 des Strafgesetzbuches bei der Angeklagten nicht in Frage komme. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Diebstahl unter Mitführung einer Waffe und gefährliche Körperverletzung. Die Frage wegen versuchten Totschlages wurde verneint. Das Gericht zog die von der Angeklagten zutage gelegte Neugier als strafmildernd an und erkannte auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Schwerbestrafte Milchpantcher.

Im Hofsteinschen steht die Milchwirtschaft infolge der besseren Ernährung und sauberen Haltung der Kühe sowie infolge der nicht in der wenig reichlichen Art der vom Bund der Landwirte beginnigten Milchzentrale gebildeten Milchgenossenschaften in hoher Blüte. Milchpantcher werden deshalb dort besonders hoch bestraft. So wurde dieser Tage im Kreise Tondern ein Landmann in Behrendorf mit 5000 M., ein Bauer in Osterby mit 1000 M. und ein anderer Landmann zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 1. Juni
Freie Volksbühne. 7. u. 8. Ubr.
Faust.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Die Regimentsleiter. (Anf. 8 Uhr.)
Rgl. Schauspielhaus. Die Rabenheiraten.
Neues rgl. Opernhaus. Die sieben Schwaben.
Deutsches. Robert und Vertram.
Kammerstücke. (Anf. 8 Uhr.)
ein Ring. (Anf. 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Westen. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Schiller-Theater Charlottenburg.
Die Schmutzler.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Drei Paar Schuhe.
Vertliner. Der Hund von Dackerville.
Leipzig. Die Riechmaus.
Jentral. Das Mädchen aus dem Waldes.
Kleines. Marcel Salzer. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Neues. Die Combillier.
Vorstellung. Geschlossen.
Westens. Haben Sie nichts zu vorzollen?
Lustspielhaus. Die Welt ohne Männer.
Thalia. Charles Lante.
Luitens. Das Rüstel seiner Ehe.
Trianon. Fr. Jofette — meine Frau.
Bernhard Mose. Im Rauche des Lebens.
Anfang 4 1/2 Uhr: Der Fisch des Goldes. Sie hat ihr Herz entbeut. Baldors Kiste.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der lustige Witwer. Spezialitäten.
Kaffee. Mid Carter. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Steintiner Sänger.
Urania. Raubentzweige 18/19.
Anfang 4 Uhr: Am Golf von Neapel.
Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.
Sternwarte. Invaldenstr. 57/62.

Neues Theater.
Neu einstudiert:
Die Condottieri.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag und folgende Tage:
Die Condottieri.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
MARCELL SALZER-ABEND.
Morgen und folgende Tage, abends 8 Uhr: Marcell Salzer-Abend.

Lorzing-Theater.
Bellesalliancestr. 7/B.
Heute: **Geschlossen.**
Morgen Sonntag: Wiederholung des Wagner-Abends. Teile aus: Walküre, Loge und Meistersinger.
Anfang 7 Uhr. Gedrucktliche Preise.
Bellesalliance-Garten: Täglich: Elite-Variété-Vorstellung.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: Drei Paar Schuhe. Sommerpreise.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu vorzollen?
Schwan in 3 Akten v. R. Demmequin und G. Weber.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Heute und folgende Tage:
Das Rüstel seiner Ehe.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Kabale und Liebe.

BERNHARD ROSE THEATER.
Fr. Raubentzweige 12.
Sonnabend, den 1. Juni:
Anfang 4 1/2 Uhr.
Im Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Corradini.
Wochenpreise. — Abends 8 Uhr im Theater: Im Rauche des Lebens.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Brunnen-Theater.
Rabstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.
Neues sensationelles Programm.
Arthur Wolf.
Tho 4 Souverains — O'Edost.
Prolongiert: Mokaschyltruppe in ihrer großen Pantomime.
Der Geisterpakt im Gefängnis.
Durchschlagender Erfolg:
Im Fluge durch die Welt.
Ausstattung: Vollständig in 6 Bildern.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Spielplanverkauf von 10—1 Uhr an der Theaterkassa.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Sonntag: Ernest Holmes.
Montag: Geschlossen.

Lustspielhaus.
8 Uhr: Wiener Ensemble. Gastspiel: Die Welt ohne Männer.
Evel Widner als Gast.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Helmat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Helmat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wel dem, der lägt.
Montag, abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Juni 1. Mal: **Die Schmutzler.**
Komödie in 4 Akten v. Arthur Dinter.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Pfarrer v. Kirchfeld.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Schmutzler.
Montag, abends 8 Uhr:
Helmat.

Castans Panopticum, 165, Friedrichstr. 165.
Größte Schautellung der Welt
vormittags 11—1 Uhr; nachmittags 4—10 Uhr:
Konzert des großen Damen-Orchesters
Wochentags freier Eintritt, aber nur in den Konzertsaal.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.

WINTERGARTEN
Heute Premiere

Metropol-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults. Rauchen überall gestattet.

Walhalla-Variété-Garten.
Weinbergsweg 19/20, Rosent. Tor.
Spezialitäten-Vorstellung.
15 hervorragende Nummern 15. Kleine Sommerpreise.
Anf.: Konzert 5. Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im Theater.

Buggenhagen.
Moritzplatz.
Heute **Musik-Konzert** und **Prelestanzen.**
Zur Verteilung gelangen 3 Damen- und 3 Herrenpreise.

Freie Volksbühne.
Sonnabend, den 1. Juni:
1. Abendvorstellung im Neuen Schauspielhaus.
8. und 9. Vorstellung.
Goethe: „Faust“ (1. Teil).
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die anhergehend lange Spieldauer des Stückes zwingt die Leitung des Neuen Schauspielhauses, den Beginn der „Faust“-Vorstellungen bereits auf 7 1/2 Uhr abends festzusetzen, da die Szenen möglichst unverkürzt gegeben werden sollen und auch das „Spiel im Himmel“ zur Ausführung kommt. Trotzdem die hiesigen Verwandlungen auf der nach allen technischen Anforderungen der Neuzeit konstruierten Drehbühne die denkbar kürzeste Zeit erfordern, ist es dennoch nicht möglich, mit der normalen Vorstellungsdauer auszukommen.
Der Vorstand.

Diez' Spezialitäten - Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Besondere Fahrgellegenheit n. allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Im herrlichen Garten oder großen Saal:
Die größte Sensation der Gegenwart:
3 Röhre Todesfahrt im drehbaren Globus.
Dan 8 Röhre, der einzige Fahrer der Welt, welcher die entloste Schiene, nur 3 Meter Durchmesser, vertikal durchfährt — Blockmann, phänomenale Kunststücken-Trippe — Alfred Maudini, der unfehlbare Ruderer-König.
Tage das neue und beste Programm Berlins.
Anf. 8 Uhr. Kaffeebrüche. Volksbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf.

Apollo Theater.
Ganz Berlin lacht über
Hartstein
und seine Durststöße:
Der lustige Witwer.
1. Bild: Das leichte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.
Vorher 8 Uhr: Bedeutende Spezialitäten in Merians Gude-Bauern-Theater.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. M. Brunnstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Das neue Juni-Programm.
Berlin bei Nacht.
Lebensbild mit Gesang in 3 Bildern.
Ein Zirkel in der Badstube.
Anf. 8 Uhr. Kaffeebrüche v. 8 Uhr ab.
Ball.

Volksgarten-Theater.
Bad-Bohmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Ballermannstraße.
Das Bild der Mutter oder Berlioz Zimmerleute.
Vollständig mit Gesang in 5 Akten.
Hierzu:
Das neue
Riesen - Spezialitäten - Programm.
Volksbelustigungen. X Großer Ball.

Prater-Theater.
Rastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Flotte Weiber
Spezialitäten 1. Rang. Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang Wochenabends 8 1/2 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Carten und Restaurant.
Militär-Konzert.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Anlässlich der bevorstehenden Ausflüge nach dem Spreewald...

Alle Anfragen bezüglich Budow (Märkische Schweiz) sind an den Genossen...

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 2. Juni, findet ein Ausflug mit Familie nach Johannisthal statt.

Schöneberg. Dienstag, den 4. Juni 1907, abends 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung...

Alt-Mienside. Heute abend 8 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlkreises statt.

Karlshorst. Zwecks Flugblattverteilung werden die Parteigenossen...

Waldsiedlung a. O. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Schliefe, Hönowerstraße...

Weißensee. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, dass am Sonntag...

Spandau. Die Genossen werden ersucht, sich am Sonntag, früh 8 Uhr...

Berliner Nachrichten.

Die Paraderferien werden jetzt dazu benutzt, den Anschauungsunterricht nach dem Tempelhofer Felde zu verlegen.

Lehrer, die — gelinde gesagt — nervös sind, finden sich in den Gemeindeschulen...

Vor allem ist die Eilfertigkeit, mit der mancher Lehrer zuhant, nicht selten eine Folge nervöser Erregung.

Unseres Erachtens sind es allererst die Kinder, auf die in folchem Maße Rücksicht genommen werden muß.

Rückgang der Bautätigkeit in den Vororten. Die Bautätigkeit in den Berliner Vororten ist in diesem Jahre zurückgegangen.

Unter der Fahne des „Nordvereins“ suchen in der Schönhauser Vorstadt eine Handvoll Leute für Christentum...

demokratie den Vortaus zu machen. An Beamte, Kaufleute, Handwerker...

Wie sich die streitbaren Helden ihre Arbeit denken, geht aus folgenden Sätzen des Zirkulars hervor:

„Es ist aber auch unsere Pflicht, uns nicht auf uns selbst zu beschränken, nein, unsere Arbeit und unser Kampf muß in erster Reihe gegen die Sozialdemokratie...“

Wahrhaftig ein hartes, aber ernstes Wort, nicht gesagt zur Schande, sondern zur Befehung! Wohlan denn! Gehe hin und erwecke die Herzen...

Interessant ist der Appell an die vereideten Beamten und vereideten Soldaten im Bürgerleid.

Wir haben geglaubt, dem Vorstand und Werbeausschuß durch Veröffentlichung des vertraulichen Zirkulars einen Dienst leisten zu sollen...

Sommerfahrplan auf der Obersee. Die Spree-Hedel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ bringt am kommenden Sonntag...

Ueber Kommerzienrat Volle „Jugendfalon“ im Versammlungskeller des Hauses Habsbürgerstr. 11 brachten wir in Nr. 108 Mitteilungen...

Munbfabriken, die man nicht erreicht. Seit einiger Zeit veranfaßt bekanntlich in Berlin eine Firma Automobil-Gesellschafts-Munbfahrten...

Unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege für Frauen und Mädchen findet im Juni wöchentlich einmal im Kinderhause...

Von einem Unfall betroffen wurde ein Kalfträger auf einem Neubau in Friedenau, Lenbachstraße, nahe Anaustraße.

Sollte man schon erwarten, daß auf einem Bau ohnehin alles getan wird, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen...

Ein falscher Gerichtsbeamter treibt gegenwärtig in den südöstlichen Vororten Berlins sein Unwesen.

Diebe auf schwindelnder Höhe. Das Dach des Reichspostamtes hatten sich am Donnerstag Diebe als Arbeitsfeld ausgesucht.

Eigenartige Ansichten über den § 11 des Preßgesetzes hat ein Herr Oberhuber, Verwalter des Hauses Müllerstraße 129...

An den Vorwärts! Einer Ihrer Anhänger mit der vortrefflichen Gesinnung überbrachte mir den Artikel Ihrer sauberen Zeitung über den „Kinderfreund“...

Die „falsche Verleumdung“, die wir widerrufen sollen, besteht darin, daß wir mitgeteilt haben, Herr Oberhuber werde beschuldigt...

Unfälle im Straßenbahnverkehr. Donnerstagabend nach acht Uhr tarantolierte infolge Scheuwerdens der Pferde ein Arbeitswagen der Viktoriabroucei in der Hofstraße...

Abendvorstellungen im Neuen Schauspielhause beginnen am Sonnabend, den 1. Juni. Zur Aufführung kommt Goethes „Faust“ (1. Teil) mit dem Prolog im Himmel.

Die beginnende Ausflugszeit hat eine große Anzahl von Tourenbüchern geehrt. Ein dieser Tage erschienenen Buch: „100 Ausflüge um Berlin“...

Die beginnende Ausflugszeit hat eine große Anzahl von Tourenbüchern geehrt. Ein dieser Tage erschienenen Buch: „100 Ausflüge um Berlin“...

Die beginnende Ausflugszeit hat eine große Anzahl von Tourenbüchern geehrt. Ein dieser Tage erschienenen Buch: „100 Ausflüge um Berlin“...

Die beginnende Ausflugszeit hat eine große Anzahl von Tourenbüchern geehrt. Ein dieser Tage erschienenen Buch: „100 Ausflüge um Berlin“...

Vermist wird seit Sonntag, den 26. Mai, das Dienstmädchen Gertrud Brand. An diesem Tage verließ das sechzehnjährige

Mädchen seine Dienststelle, Tempelstraße 8/9 bei Goldberg, und seit dieser Zeit ist sie nicht mehr gesehen worden. Es wird angenommen, daß die Verschwandene entweder irgendwo festgehalten wird oder daß sie sich gar das Leben genommen hat. Zweidienliche Angaben über die Vermisste werden an den Schutzwachen Herrn Brand, Stolpischestraße 51, erbeten. Das junge Mädchen war bekleidet mit einem Havelock, weißer Bluse, schwarzem Rock und trug einen weißen englischen Strohhut.

Zeugengesuch. Am Mittwoch, den 29. Mai, abends 9 Uhr, verunglückte in der Schaunhorststraße der Drochsenkutscher Otto Gehndt, Kolbergerstraße 23, indem er durch einen Schwindelanfall vom Post fief. Zeugen des Unfalls, vornehmlich die Personen, welche ihn nach dem Krankenhaus brachten, werden höflich gebeten, ihm ihre Adresse zuzuschreiben.

Im wissenschaftlichen Theater der „Arania“ wird der Vortrag „Durch Dänemark und Südschweden, nordische Städte- und Landschaftsbilder“, in kommenden Woche am Sonntag, Dienstag und Sonnabend zur Darstellung gelangen. Am Montag und Freitag wird der Vortrag „Die deutsche Ostseeküste“ wiederholt, am Mittwoch wird der Vortrag „Von der Jagdspitze zum Bahmann“ und am Donnerstag der Vortrag „Im Lande der Nitternachts-Sonne“ gehalten werden. Am Sonnabend findet noch einmal eine Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen statt und zwar wird der Vortrag „Am Golf von Neapel“ zur Vorführung kommen.

Arbeiter-Bildungsanstalt Berlin, Grenadierstr. 37. Bei günstiger Witterung findet der Unterricht in sozialer Gesehung am Sonntag, den 2. Juni, vormittags 9 Uhr, im Walde statt. Treffpunkt Bahnhof Brunowald. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Der Zoologische Garten hat in letzter Zeit einige Seltenheiten erworben, die bisher hier noch nicht gezeigt werden konnten. Da ist zunächst eine brasilianische Riesenspinne, ein Vogel, der durch seine Größe schon mehr an die Kraniche erinnert, der aber durch seine Haltung und Bewegungsweise sich als echte Ralle erweist. Vier reizende Kotschulter-Rikiden, ebenfalls aus Brasilien stammend, sowie ein Paar Zwergscharben — Korporane in Taschenformat — bedürfen zusammen mit der eigenartigen indischen Rosenkospente den dritten Wasserflugläger des Zoologischen. Di Rosenkospente gehört ihrer Färbung nach zu den eigenartigsten Schwimmtöglern, deren leuchtend rosa gefärbter Kopf und Hals sich in auffallendster Weise von dem fast einfarbig schwarzen Körpergehäuse abhebt.

Dem Berliner Aquarium sind von mehreren Seiten wertvolle Tiere überwiesen worden. Die Papageienfamilie erfährt durch Zuteilung mehrerer Arten aus den Gruppen der Amazonen und der grünen Keilschwanzittiche seitens der Frau Hellmuth-Verlin erwünschte Ergänzung. Durch die Freundlichkeit des Herrn Oberleutnant v. Kleff-Friedenau erhielt das Institut eine Amphibien-Spezies, die vordem noch nie hier gezeigt werden konnte. Es ist eine aus Deutsch-Ostafrika eingeführte große Froschart, die zur Gattung der echten Frosche, welche beispielsweise auch unsere grünen Wasserfrosche einschließt, gehört und auf ihrer glänzenden dunkelgrünen Oberkörperhaut dunklere Spritzflecken und Warzenknötchen sowie längs der Rückenlinie und den Rückenflächen fünf oder sechs Warzenlämme und -Röhre aufweist, so daß sie den Spechteknötchen adspersa mit Jung und Recht ähnelt. Da das Aquarium nachdem auch noch einen anderen Import dieses auffälligen, in dem Gebirge vor dem Wittenberg bei den chinesischen Kräuten untergebrachten Froschlurche, der abweichend von unserem gelben Frosch mehr auf dem Lande zu leben scheint und sich gern in den feuchten Sandböden eingräbt, erworben hat, so verfügt es über acht Stück dieses interessanten Reuantsommings.

Feuerwehrbericht. Am Gorkyer Ufer 88 kam durch Unvorsichtigkeit in der Werkstatt einer Maschinenfabrik Feuer aus Petroleum und anderes brannte dort. Grober Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die das Ausbreiten der Wehr nach der Wielestraße veranlaßte. In der Streitbergerstraße 15, Niderstraße 2, am Askanischen Platz 5 und anderen Stellen brannten in der letzten Nacht Garbinnen, Kleider, Wäsche, Hobelspäne und anderes. Kellerbrände hatte die Wehr gleichzeitig in der Auguststraße 38, Franzfurter Allee 130 usw. zu löschen. Kohlen waren auf dem Bahnhofsplatz in mehreren Kellern in Brand geraten. In der Glotzschstraße 8 hatte die Wehr mit einem Tischlereibrände zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg. „Hat der Liberalismus in Deutschland noch eine Zukunft?“ lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Eduard Bernstein in der letzten Versammlung des Wahlvereins hielt. Redner ging in eingehendster Weise auf die geschichtliche Entwicklung des Liberalismus ein. Derselbe trete in allen Ländern in den verschiedensten Rollen auf. Wie nach und nach durch die wirtschaftliche Entwicklung die Arbeiterschaft als selbständige Klasse emporgewachsen und in der Sozialdemokratie ihren Ausdruck gefunden hätte, so sei auch der Liberalismus von dieser übernommen und ergänzt worden. Dem Liberalismus jede Zukunft abzuspochen, sei falsch. Die Klassen ändern ihren Charakter, und ihre Stellungen zu einander ändern sich gleichfalls. Wenn heute sehr oft von nur zwei Klassen gesprochen würde, die sich trennen in Besitzenden und Besitzlosen, so sei auch das nicht zutreffend. An der Hand statistischen Materials weist Redner nach, daß das Großkapital und die selbständigen Gewerbetreibenden sich vermehrt hätten. Die fortgesetzt neu ins Leben tretenden Unternehmungen, die Erschließung neuer Industrien und deren stete Entwicklung bringe es mit sich, daß im Gegensatz zu den Besitzenden Schichten herangebildet werden, die nicht Kapitalisten, aber auch nicht Arbeiter seien. Das Heer der Beamten in Handel, Industrie und Landwirtschaft, in städtischen wie staatlichen Betrieben sei in ungeahnter Weise gewachsen. Und diese Schichten, die sogenannte Mittelpartei, bilden das Rekrutierungsgebiet des Liberalismus. Die Gesellschaft sei heute komplizierter geworden. Die Vielgestaltigkeit derselben erlaube auch verschiedene Vorgänge auf politischem Gebiete. Es sei vielfach auch schon die Meinung aufgekommen, eine große Kulturpartei zu schaffen. Wir möchten den Klassenkampf mehr in den Hintergrund stellen; er müsse jedoch sagen, daß er dazu nicht zu haben sei. Gerade die Erweckung der Arbeiter zum Klassenkampf ist es, was uns so stark gemacht hat. Auch nicht ein iota soll davon abgesehen werden; mögen uns auch dadurch gelegentlich Stimmen oder einzelne Mandate verloren gehen. Soll der Liberalismus in Deutschland eine Zukunft haben, so müsse selbstverständlich eine liberale Scheidung eintreten. Denn der Liberalismus kann nur bestehen unter Anlehnung an die Sozialdemokratie. Ob und wann dies eintritt, könne er allerdings nicht sagen. So, wie die Dinge jetzt liegen und wie das Verhalten der liberalen Parteien in der verflochtenen Reichstagsperiode gemessen sei, müsse auch er sagen, daß dieser Liberalismus keinen Schutz halber wert sei.

Die darauffolgende Diskussion war eine sehr rege. Es sprachen die Genossen Planme, Hoffmann, Steermann und Vitzth. Sämtliche Redner machten Einwendungen gegen einzelne Ausführungen des Referenten. Ein Teil derselben war der Meinung, daß aus dem bisherigen Verhalten der liberalen Parteien zu schließen sei, daß wir wohl vergebens auf eine Verjüngung des Liberalismus in Deutschland warten könnten.

Unter Punkt 2, Anträge und Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung, lag ein Antrag vor, welcher besagte, daß bei der nächsten Agitation zur Gewinnung von Vorwärtsabonnenten eine Nummer des „Vorwärts“, die in vollständigster Weise die Forderungen der Sozialdemokratie darlegt, verbreitet werden soll. Derselbe fand einstimmige Annahme. Als Delegierte wurden gewählt die Genossen Dister, Ritzfeldt und Schenk.

Genosse Wollermann gab die Reueinteilung der Bezirke zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen bekannt, wonach

der Ort in 11 Bezirke eingeteilt worden ist (früher 10), so daß auch eine Verneuerung der Stadtverordneten eintritt. Er ersuchte die Genossen, schon jetzt recht rasch dafür zu agitieren.

Der Vorsitzende forderte nochmals auf, daß die Genossen, die Bücher aus der Bibliothek in Händen haben, dieselben möglichst bald in der Expedition abgeben mögen. Des weiteren ersuchte er die Anwesenden, speziell die Frauen, die freiliegenden Bücher nach besten Kräften zu unterstücken.

Wilmersdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, zur Gewährung von Freibanden an die Gemeindevorsteher 420 M. einzusetzen. Zum Vorsitzenden des Gewerbe- sowie Kaufmannsgerichts wurde der bisherige Vorsitzende jegliche Stadttrat Kampfs wieder gewählt; als dessen Stellvertreter fungiert Stadtrat Kühne. In einer längeren Debatte führte die Kamalität des bisherigen Sitzungssaales. Derselbe wird als gesundheitsgefährlich bezeichnet. Stadtbaumeister Herrnting empfahl zunächst noch praktische Versuche zu machen und schlug den Revidentrat der IV. Gemeindevorsteher der Hochbaudeputation zur Prüfung zu überweisen. Der letzte Punkt der Tagesordnung war die Vorlage betreffend Abmachungen mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn über Herausnahme der Gleise in der Holzsteinischen- und Gasteinerstraße und Gegenleistung hierfür. Danach soll jetzt eine Einigung zwischen der Großen Berliner und Wilmersdorf wegen der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erzielt werden. Auf Grund der abgeschlossenen Verhandlungen wird die Große Berliner von der vertragmäßig übernommenen Bau- und Betriebsverpflichtung in der Holzsteinischen- und Gasteinerstraße befreit. Dafür erklärt sich die Große Berliner bereit, ein neues Doppelgleis durch die Pariserstraße herzustellen. Außerdem soll die Führung der Linien 89 und 90 verbessert werden.

Steglitz.

Ein Juwelendiebstahl ist vorgestern am hellen Tage in der Wohnung des Juweliers Otto Sack in der Albrechtstraße 93 verübt worden. Einbrecher hatten „ausbaldowert“, daß die Wohnung des S. nachmittags für längere Zeit unbeaufsichtigt war. Sie drangen gewalttätig ein und durchstöberten sämtliche Behälter nach Geld und Wertgegenständen. Gold- und Silbergegenstände von beträchtlichem Wert, eine goldene Damenuhr sowie eine Geldtasche fielen ihnen in die Hände. In den Zimmern hatten die Diebe auch vor ihrem Weggange eine heillose Verwüstung angerichtet.

Groß-Lichterfelde.

Zwei gemeingefährliche Geistesranke sind Donnerstag aus der Anstalt eines Dr. K. in Groß-Lichterfelde entwichen. Es sind dies der 47jährige Christian Schulze, früher Mendelssohnstraße und der 53jährige Schneider Gustav Matthes, früher Schröderstraße wohnhaft gewesen.

Mariendorf-Mariensfelde.

Mit dem 4. Juni errichtet der durch seine Mitwirkung bei Arbeiterfesten sehr beliebte Turnverein „Frei Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf“ auch in Mariendorf eine Abteilung und kommt damit einem schon lange ausgesprochenen Wünsche der Arbeiterschaft nach. Es ist damit den dem hiesigen patriotischen Turnverein angehörenden Arbeitern Gelegenheit gegeben, mit ihren Massengängen das Turnen zu pflegen. Die Turnübungen finden statt: Dienstags und Freitags für Männer, Donnerstags für Damen, abends 7-10 Uhr im Restaurant Fursache, Chausseestraße 82 (großer Saal). Mitglieder werden an den Turnabenden aufgenommen.

Adlershof.

Wegen rübrigen Betragens gegen seinen früheren Lehrer hatte sich der Zeichner Brendel vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der noch nicht 19 Jahre alte Angeklagte mochte sich den „Spaß“, den Lehrer durch einen unter der Jugend bekannten Spitznamen zu verhöhnen. Als am 1. März der Lehrer den K. wegen Rube freiließ und sich weitere Belästigung verbot, wurde er von B. abendwärts beschimpft. Das Gericht erkannte in Anbetracht seines jugendlichen Alters auf eine Geldstrafe von 50 M. eventuell 10 Tagen Gefängnis. Dem beleidigten Lehrer wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Grünau.

Ueber „kommunale Wohnungspolitik“ referierte in einer am 28. er. stattgefundenen öffentlichen Versammlung Gen. B. Dirsch. In großen Zügen ging Redner auf die durch das Wachstum der Städte entstandene Boden speculation ein und zeigte den Unzufriedenen die Ursachen der fast unerschwinglichen Mietpreise. Durch das Dreiklassenwahlrecht und das durch veraltete Gesetze geschaffene Privilegium der Hausbesitzer in den Kommunen sei der Arbeiterklasse es nur schwer möglich, hierin Wandel zu schaffen. Eine Besserung könne nur eintreten, wenn die Arbeiterschaft erstklassig auf eine Beseitigung der Vorrechte des Besitzes hinarbeitet. In der an das mit Beifall aufgenommenen Referat anschließenden regen Diskussion wurden verschiedene zeitliche Mißstände kritisiert, darunter auch die schlechte Entlohnung der Gemeindevorsteher. Eine diesbezügliche Resolution, welche der Gemeindevorstellung übergeben werden soll, wurde einstimmig angenommen.

Weißensee.

Achtung! Ernanntwahl zur Gemeindevertretung! Am Montag, den 3. Juni, in der Zeit von 6-8 Uhr abends findet im „Palast“, Leberstr. 122, die Ernanntwahl zur Gemeindevertretung statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist Zeitungspediteur Genosse Kurt Fuhrmann. Für die Wahl kommen folgende Straßen in Betracht: Charlottenburgerstr. 19-43, 143-163, Friedrichstraße, Gürtelstraße, Königssee 31-57, Kronprinzenstraße, Langhansstraße 1-29, 122 bis Ende, Leberstr. 1-25, 98 bis Ende, Registraße 22-30, Mirbachplatz, Viktorinstr. 31-40, 112-118b, Sedanstraße 1-18, 110 bis Ende, Strahburgerstr. 23-44, Streustr. 1-25, 104 bis Ende, Weihenburgerstraße und Wilhelmstraße. Pflicht jedes Genossen ist es, für die Wahl zu agitieren, damit unser Kandidat mit einer erfreulichen Stimmenzahl gewählt wird.

Einen Branddirektor hat plötzlich Weißensee erhalten, vorläufig allerdings noch unfestbeten. Der Deputierte des Feuerlöschvereins, Herr Schöffe Rathmann, ist vom Gemeindevorsteher zu diesem Posten befördert worden. Die Gemeindevertretung und auch die Feuerlöschkommission hat man nicht erst lange gefragt, ob ein solcher Posten notwendig ist und auch von der geeigneten Person besetzt wird. Die Mitglieder der Kommission schütteln verwundert den Kopf und sind der Meinung, daß man mindestens nur einen hauptberuflichen Deputierten auf solchen verantwortungsvollen Posten stellen kann. Herr Rathmann hat nur einmal Verständnis für den Fortbau usw. gehabt, bis ihn das ehrsame Handwerk des Ländereverlaufens aus seinem früheren Beruf rief, was auch rentabler zu sein schien. Nur die Uniform für den neuen Branddirektor soll einigen Personen große Kopfschmerzen bereiten, da ein Branddirektor für eine freiwillige Wehr noch eine Seltenheit ist. Nicht lange mehr wird es dauern, so wird der Herr Branddirektor die schon lange gestellten Anträge auf Errichtung einer Berufswehr unterstützen; denn auf die Dauer ist ein solcher Posten nicht umsonst auszuführen, wie bereits andere Fälle gezeigt haben.

Wittenau-Vorsigwalde.

Gemeindevahl. Endlich findet am 4. Juni die Ernanntwahl für das bereits vor dreiviertel Jahren frei gewordene Mandat der III. Klasse statt. Die Herren der I. und II. Klasse rührt es wenig, wenn ein solches Mandat so lange unbesetzt bleibt. Für die Arbeiterschaft ist eine solche Verschleppung aber von großem Nachteil, da sie dadurch auf lange Zeit der — wenn auch geringe — Einfluß auf die Gestaltung der kommunalen Dinge verlagert bleibt. Um so mehr muß die arbeitende Bevölkerung dafür sorgen, daß am Tage Informaten teil davon: Th. Wisse, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

der Wahl der Kandidat der Sozialdemokratie mit großer Majorität gewählt wird.

Die Konstituierung des Kandidaten erfolgt am Sonntag in Wittenau, Restaurant Albert Schulz, Hauptstraße, nachmittags 5 Uhr, und Montag in Vorsigwalde, Restaurant Weisgar, Ernststraße 1, abends 8 Uhr.

Eine Flugblattverbreitung erfolgt für Wittenau heute abend 7 Uhr und für Vorsigwalde Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus.

Stelle sich jeder pflichtgetreu zur Verfügung.

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Entering in der üblichen Weise. Der Vortrag über das Erfurter Parteiprogramm mußte infolge des schlechten Wetters ausfallen. Beschlossen wurde, ein Sommerfest zu veranstalten. Genosse Knefelingen teilte mit, daß am Orte die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ 344 beträgt. Ein früherer Beschluß, wonach bei Verordnungen nur dann ein Antrag mit roter Schleiße gepostet werden soll, wenn kein Geschädigter gegen ihn, wurde aufgehoben. Von jetzt ab soll bei allen Verordnungen ein Antrag gepostet werden. Der Vorsitzende erwähnte zum Schluß noch die Genossen, mehr als bisher für den Besuch der Versammlungen zu agitieren. Des weiteren ersuchte er, die referierenden Beiträge im Juni-Jahlabend zu begleiten, da vom 1. Juli ab der neue Beitrag erhoben wird.

Pankow.

Am 28. Mai fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale des Herrn Großhuth statt. Genosse Pille referierte über die positiven Leistungen der Sozialdemokratie und erörterte mit feinem interessanten Vortrag die Reichsreform. Diskussion fand nicht statt. Darauf teilte der Vorsitzende mit, daß der Verein am 4. August im Lokale des Herrn Eberbach ein Sommerfest veranstaltet. Außerdem möchte er darauf aufmerksam machen, daß vom 1. Juli ab der Mitgliedsbeitrag erhöht werde und daher nur noch am nächsten Jahlabend die bisherigen Beitragsmarken vorausgibt werden.

Tegel.

An den Haushaltsplan der Gemeinde Tegel für 1907/08 in ordentlicher Verwaltung mit 750 000 M. schließt sich die außerordentliche Verwaltung an, die mit 1 022 000 M. kalkuliert, so daß also der gesamte Haushaltsplan mit 1 772 000 M. rechnet. Unter den Einnahmen in außerordentlicher Verwaltung sind 150 749,65 M. ausstehende Forderungen, die bei Eingang zur Schuldentilgung verwendet werden. An Kontributionsbeiträgen sollen noch 4315 M. eingehen. Neu sind eingestellt die im Laufe des Jahres beschlossenen Anleihen. Da ist zunächst die 200 000 M.-Anleihe, die durch die 100 000 M.-Anleihe ergänzt wurde. Aus ihnen soll zunächst gedeckt werden die Wasserwerkverbreiterung. Es umfaßt diese den Neubau bzw. Anbau der Gebäude, die um das Doppelte zu erweiternde Pumpenanlage und die Kennanlage des Rohrnetzes zur Kolonie „Freie Scholle“ sowie die Unterführung der Kremmener Bahn durch ein weiteres Wasserzuführungstocher zum Tegeler Höhen. Notwendig sind dafür 60 000 M. Die ebenso dringende Erweiterung der Kläranlage soll 45 000 M. kosten, während der Bau des neuen Gemeindevorwaltungsgebäudes 135 000 M. beansprucht. Für die Anlage des Bahnhofsplatzes sind 30 000 M. auszuweisen. Die dritte neuerscheinende Anleihe ist nur für den Anlauf der zur Kreisbahn von der Gemeinde zu stellenden Ländereien bestimmt und somit dafür eingestellt worden. Neu sind weiter eine Anleihe von 25 000 M. für den Pfarrhausausbau und eine solche in gleicher Höhe von 25 000 M. zur Pflasterung der Buddestraße.

Von den im Sozialverhältnis betriebenen Einrichtungen, Friedhof und Volksschule, ist der Haushaltsplan für den Gemeindefriedhof mit 11 800 M., das sind 1500 M. mehr als im Vorjahre, in Einnahme und Ausgabe aufgestellt. Die zur Zahlung von Schuldzinsen und Tilgung der Schulden notwendige Summe beträgt 7050,25 M. Der Haushaltsplan der Schulfazilität (Volksschule) steht mit 153 000 M. (109 000 M. im Vorjahre), das sind 44 000 M. mehr, in Einnahme und Ausgabe. Unter den Einnahmen ist der gefällige Staatszuschuß für 25 Lehrstellen mit 6950 M. wie im Vorjahre eingestellt. Die Schullehrer, die mit 60 Proz. der direkten Steuern wie im Vorjahre bestehen bleibt, verlangt von der Gemeinde Tegel einen Zuschuß von 139 930 M., vom Gutsbezirk Schloß Tegel 4000 M. und vom Fortbezirk Tegel 40 M., insgesamt 143 970 M. Endlich sind unter den Einnahmen noch 2080 M. für Schulstrafen, Schulgeld von Auswärtigen (30 M. pro Jg.) usw. Dazu gehören auch die 800 M. Einnahmen aus der Volksschule. Trotz des guten Besuchs decken diese Einnahmen die Lasten für Bedienung, Licht, Wasser und Feuerung nicht. Unter den Ausgaben sind 72 655 M. (58 662,50 M. im Vorjahre), mehr 14 000,50 M. für Befoldung der Lehrkräfte, 3420 M. als Referat für etwa notwendig werdende Lehrstellen (vorgesehen sind dadurch eine Stelle für einen Lehrer und eine für eine Lehrerin), 23 212,50 M. (13 688,54 M. im Vorjahre), mehr 9543,96 M. für Klassenbeiträge für Lehrpersonen zur Alterszulage, Ruhegehalts-, Waisen- und Wittensstoffe und 2004 M. für Unterrichts- und Schulgerätschaften. Für die Verwaltung der Gebäude, einschließlich aller Neubauten, sind 13 030,48 M. (6569,70 M. im Vorjahre), mehr 6460,78 M. bestimmt. Die Schuldzinsen und Schuldentilgung erfordern 81 140,25 M., mehr 4725,95 M. Endlich sind 3192,60 M., mehr 552,33 M., für allgemeine Ausgaben, Formulare, Druckkosten, Schulprämien usw. notwendig. Die Ausstattung der neuen Klassenräume wird aus dem Baufonds gedeckt. Diesem Schuletat liegt zum ersten Male eine Vermögensaufstellung der Schulfazilität bei. Das Vermögen beträgt 576 715,84 M., darunter sind das Grundstück in der Treskowstraße mit allen Bauten, ohne den noch nicht fertigen Flügel, mit 508 100 M., das gesamte Inventar mit 54 000 M. bewertet. Die daraus resultierenden Schulden betragen 460 317,07 M., so daß das tatsächliche Vermögen immerhin 116 398,77 M. beträgt.

Die Haushaltspläne unterliegen nun noch der Beratung durch die Gemeindevertretung, die aber voraussichtlich wesentliches nicht ändern wird, da die Verwendung der Anleihen und der Rekrutierung der anderen Posten die Folge früherer Beschlüsse ist.

Potsdam.

Die hiesige Arbeiterbildungsschule tritt am 28. Juni wieder in Tätigkeit. Besanntlich mußte der letzte Kursus, „Arbeiterversicherungs-gesetzgebung“ wegen Verhinderung des Lehrers unterbrochen werden. Der Schluß des Kursumfaht noch fünf Abende, von welchen die beiden letzten der Anfertigung von Eingaben zur Erlangung von Invalidenrente und dergleichen gewidmet sind. Zu diesen fünf Abenden haben alle Mitglieder, also auch solche, welche diesen Kursus nicht mitgemacht haben, und solche, die bis zum 28. Juni noch Mitglied werden, unentgeltlich Zutritt. Bis auf weiteres finden die Kurse abends nur in Potsdam bei Ladehain, Kaiser Wilhelmstraße, statt, und zwar freitags Punkt 8 Uhr abends.

Witterungsübersicht vom 31. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur		Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	
				h	l					h	l
Emmende	769 ED			10		Naparanda	753 ND			4 mäßig	6
Dandburg	762 D			3 Regen	8	Berensburg	756 BB			2 mäßig	4
Berlin	763 D			2 mäßig	11	Seiß	752 S			5 Regen	11
Frankfurt a. M.	761 ED			1 mäßig	13	Aberdeen	759 AB			5 Regen	6
Wien	761 D			3 mäßig	15	Wars	759 W			1 halb bb.	11
Wien	763 W			1 mäßig	14						

Weiter-Vorgabe für Sonnabend, den 1. Juni 1907. Vieles wolkig, mit etwas Regen, wäßrigen südlichen Winden, wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.